

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer 91 — 2. Jahrgang

Saarbrücken, Freitag, 20. April 1934

Chefredakteur: M. Braun

Aus dem Inhalt

Die Stimmung im Reiche	Seite 3
Niederergang der deutschen Zeitungen	Seite 3
Geburtstagsbrief an Hitler	Seite 7

Abgrund zwischen Paris und Berlin

Wettrüsten statt Abrüstungsgerede

D. F. Frankreich hat endlich die Geduld verloren. Seine Antwortnote an England, deren Inhalt wir an anderer Stelle veröffentlichten, schließt die direkten Aussprachen über die Rüstungsfrage zwischen Berlin, Paris, London und Rom ab. Wenn man von dem weltpolitischen Träumer MacDonald absteht, konnten diese ebenso höflichen wie hinterhältigen Gespräche von keinem der Beteiligten wirklich ernst genommen werden. Bei der durch die nationalsozialistische Diktatur in Deutschland für ganz Europa geschaffenen Atmosphäre des Misstrauens ist in absehbarer Zeit an eine Abrüstung nicht zu denken. Nicht einmal an eine Begrenzung der Rüstungen auf den Status quo. Das ist die einfache und klare Tatsache, die weder durch diplomatische Unterhaltungen, noch durch die Abrüstungskonferenz, der man krampfhaft letztes Leben einzuhauchen bemüht ist, verschleiert werden kann. Keine Regierung wird inmitten der europäischen Spannungen zu einer Minderung ihrer Heeres- und Waffenbestände sich entschließen. Selbst wenn auf direktem Wege oder durch die Konferenz in Genf eine Rüstungskonvention zustande gekommen wäre oder so etwas, wie unwahrscheinlich es auch sein dürfte, noch zustandekommen sollte, wird sich im Ernst keine der beteiligten Mächte an die Abmachungen halten. Alle werden versuchen, diese Konvention so zu umgehen, wie sie es für die Sicherheit ihres eigenen Landes als notwendig erachten. Den verantwortlichen Staatsmännern möchten wir sagen, der es magie, anders zu handeln und damit für sein Land und sein Volk unerhörte Gefahren heraufzubeschwören.

Deutschland ist in voller Aufrüstung und Frankreich ist gewillt, alle Anstrengungen zu machen, um seine waffentechnische Überlegenheit solange aufrechtzuerhalten, wie es überhaupt möglich ist. Darüber hinaus ist es bestrebt, durch ein Bündnisystem eine dauernde Überlegenheit in Europa gegen die gefährdeten deutschen Revanchepäne zu errichten. Das ist und bleibt die Situation und sie ist drohend genug.

Die deutsche Reichsregierung, die beim besten Willen nicht mehr in der Lage war, ihre Rüstungsausgaben im neuen Reichshaushalt hinreichend zu tarnen, tut ihr möglichstes, um die Atmosphäre noch mehr zu vergiften. Sie leugnet ab,

wo es nichts mehr zu leugnen gibt und erleichtert daher ihren Gegnern im Auslande das Spiel, die jedes wehrpolitische Wort der Reichsregierung für eine Lüge halten. Es ist entweder maßloses Ungeheißel oder eine freche Verhöhnung, wenn die deutsche diplomatische Korrespondenz behauptet, die enormen mehr angeforderten Summen im Reichswehrhaushalt seien notwendig, um Vorkehrungen für die kostspielige Umwandlung der Reichswehr und für die Durchführung der defensiven Rüstungsmaßnahmen zu treffen. Der Reichshaushalt hat am 1. April begonnen. Eine Rüstungskonvention könnte bei aller Beschleunigung, die bekanntlich nicht zu erwarten ist, frühestens im Spätjahre praktisch in Kraft treten. Ueber den Inhalt dieser Konvention, über das Maß an Aufrüstung, das sie Deutschland gewähren würde und mithin über die Höhe der Ausgaben, die für die verschiedenen Waffenarten notwendig werden würden, weiß zur Stunde niemand etwas. Das normale Verfahren wäre also, daß die Reichsregierung die Rüstungskonvention abgemauert und dann einen Nachtragshaushalt eingebracht hätte. Da sie parlamentarische Schwierigkeiten nicht mehr kennt und Abträge durch eine rüstungsfeindliche Opposition nicht zu befürchten hat, liegt kein planmäßiger Grund vor, nicht einen Nachtragshaushalt abzuwarten. Nur ein Grund ist für alle Welt sichtbar, und er ist entscheidend: das deutsche Reich nimmt die Ergebnislosigkeit der Rüstungsgespräche und der Rüstungskonferenz vorweg und eröffnet ein Betrübtes härtestes Tempo.

Die herrlichen Freundschaftsworte, die der Reichskanzler, der preussische Ministerpräsident, der Reichspropagandaminister und andere neupazifistische Größen des „dritten Reichs“ bis in die jüngste Vergangenheit an Frankreich gerichtet haben, sind plötzlich einer anderen Sprache gemischt. Halbamtlich beschuldigt man den französischen Außenminister einer „Propaganda übelster Art“. Man sagt von der französischen Politik: „Kein Staat der Welt hat seit Beginn der Abrüstungsgespräche ein derartiges Maß von Unverhältnlichkeit, Nanküne und bösen Willen aufgebracht als dieses Frankreich.“ Man sieht, daß all die schönen gedrechselten Nebensarten, die seit Monaten gewechselt worden sind, erfolglos waren.

An der neuen kritischen Station, die das europäische Rüstungsgerede nun erreicht hat, ist der Reichsminister und Stabschef der SA, Röhm, wieder einmal aufgerufen worden, um der bösen und unverständigen Welt das braune und schwarze Gepräge Deutschlands als ein Instrument schönsten Friedens, als eine Art politische Heilsarmee vorzustellen. Er macht aus dem Geiste des Soldatentums eine Weltanschauung, eine Religion, die nichts mit Kriegs- oder Kriegsgeschrei zu tun habe.

Soldatentum, so sagt der Generalfeldmarschall der Millionen deutscher Milizen, sei das Bekenntnis und die Bereitschaft, für die Sache zu sterben, der man diene. Schön, in diesem Sinne sind auch wir Soldaten, waren es immer als Soldaten der Revolution. Röhm aber und „die neue Türkei, das neue Ungarn, das neue Italien, das neue Deutschland“, die nach seinem Wort aus ihrem Geiste ein neues Europa prägen wollen, mobilisieren ein Soldatentum ganz anderer Art. Diese Kräfte wollen — das ist nicht ihre soldatische, sondern ihre militaristische Anschauung — durch das militaristische Zusammenrücken aller Kräfte der Nation, durch ihren rücksichtslosen Einsatz nach außen, durch eine Machtpolitik gewaltiger Energien, die territorialen Grenzen erreichen, die sie als die national gegebenen, als die wirtschaftlich und strategisch notwendigen, als die für die Ehre der Nation erforderlichen halten. Es ist der alte militaristische Vernichtungswille, der in kriegerischen Menschen lebt. Es ist der rücksichtslose Vernichtungswille, den Stabschef Röhm gegen alle seine innerpolitischen Feinde freimütig, ja freudig und stolz zugeht. Nur Narren können glauben, daß eine so zur Vernichtung ihrer Gegner aufgepeitschte Armee schonend und friedlich mit außenpolitischen Geanern umbringen werde, wenn sie erst einmal die Macht zur Entscheidung mit der Waffe hat. Die „Weltanschauung“ dieses Herrn Röhm ist innerpolitisch durch ihre Barbarei gemeingefährlich und außenpolitisch aus dem gleichen Grunde kriegsdrohend im höchsten Maße. Tausendfach liegen dafür die Beweise aus der Geschichte vor. Auch wenn der Ausdehnungs- und Vernichtungswille sich ganz anders als in nationalsozialistischen Formen manifestierte.

Es ist nicht wahr, daß die SA und die SS mit allen ihren

Gestern und heute

Das schrecklichste der Schrecken, das man heute in deutschen Ländern erleben kann, ist der Anblick des Schaufensters einer Buchhandlung. Da türmen sie sich in anmutigen Gruppierungen unzählige Schriften und Bücher, mit bunten Bildern heldischer Führerschaft, steilen Drohlettern, sanften Himmelswiesen deutscher Landschaft, über denen Wotans Antlitz in der Sonne leuchtet. Die deutsche Literatur der Jahre 1933/34 öffnet sich Deinen bewundernden Blicken.

Soeben aber kommt der Führerstellvertreter Rudolf Heß und vertreibt die Unseligen, die vom braunen Apfel aßen, mit seinem Flammenschwert. Er erläßt eine Verfügung zum „Schutz des nationalsozialistischen Schrifttums“. Es seien, so heißt es darin, in letzter Zeit in steigendem Maße von den verschiedensten Verlegern Bücher und Schriften herausgegeben, die sich in der Behandlung politischer, wirtschaftlicher, kultureller und allgemein weltanschaulicher Probleme sowie in biographischen Darstellungen führender Persönlichkeiten der NSDAP, mit dem Wesen und den Zielen der nationalsozialistischen Idee befaßten. Man werte sie in der Öffentlichkeit auf Grund ihrer Aufmachung, ihres Titels als ernsthafte Beiträge zur nationalsozialistischen Literatur. Aber sie seien, so sagt Rudolf Heß, „vielfach unvollständig und unzulänglich und vermittelten im Volke ein gänzlich falsches Bild des nationalsozialistischen Gedankengutes und von der Entwicklung und der Zielsetzung der Bewegung“.

Das steht im ersten Teil der Verfügung. Es entsteht allerdings die Frage, ob diese Unzulänglichkeiten durch die Autoren oder durch das nationalsozialistische Gedankengut selber herbeigeführt worden sind. Immerhin: hier liegt eine Abschüttlung der Konjunktur-Floderwische, der Gebärden-späher und Stiefelocker vor, und es ist eine Katastrophe für zahlreiche Federhalter und Schreibmaschinen.

Wie aber will der Nationalsozialismus das Uebel überwinden? Welche Mittel setzt er gegen seine Byzantiner ein? Wir rückständigen Libertiner meinen, daß es hier nur ein Mittel gäbe: nämlich Ungeist durch Geist aus dem Felde zu schlagen. Das aber wäre nicht nationalsozialistisch. Also trifft Herr Heß eine Verfügung. Er ernannt eine amtliche Prüfungskommission mit dem SA-Reichsleiter Bouhler als ihrem Führer. Sie hat im Einvernehmen mit dem Reichspropagandaministerium, aller gleichgeschalteten Verbände und dem Werke „Kraft durch Freude“ die einschlägigen Bücher und Schriften zu überwachen. Kein Buch darf fortan mehr als nationalsozialistisch ausgegeben werden, das nicht einen Billigungsvermerk trägt.

Das wäre also die amtliche Approbation, das Hoheitszeichen für die deutsche Literatur. Man könnte sagen, hier schütze sich der Nationalsozialismus selber, genau wie es die katholische Kirche mit ihren Imprimaturen tut. Aber es liegt ein grundlegender Unterschied vor. Denn der Nationalsozialismus identifiziert sich heute mit dem Staat schlechthin. Es gibt keine Gedanken außer ihm. Der gesamte politische, wirtschaftliche und weltanschauliche Inhalt der Volksgemeinschaft des „dritten Reiches“ ist nationalsozialistisch oder überhaupt nicht. Jener Unbedenklichkeitsvermerk bedeutet also schlechthin: Diener der herrschenden Idee, etwas anderes hat man daneben nicht.

Dies ist viel mehr als Verbot, Index und Zensur. Warum? Hier gibt es noch Maschen des Erlaubtseins und der Duldung. Möglichkeiten des Ausweichens, wie wir sie hinreichend aus der Geschichte des Schrifttums kennen. Im „dritten Reich“ aber kennt man nur das „Ja! Ja!“ oder das „Nein! Nein!“, wobei im letzteren Falle nicht nur der Ausschluß vom Markte sicher ist, sondern der SA-Mann in Funktion zu treten droht.

Allerdings: am Ende der Verfügung empfängt der schöpferische deutsche Genius eine kleine Tröstung. Es wird „erwartet“, daß diejenigen, die nationalsozialistische Probleme und Stoffe zum Gegenstand ihrer Bücher machen wollen, „gut daran täten“, sie in erster Linie dem Zentralverlag der NSDAP anzubieten. Sie kommen damit in die feinste Gesellschaft. Sie haben das Monopol für Buchhändler, Bibliotheken und Schulen, also eine Absagarantie ohne gleichen. Das wird sie für den Verlust an Selbstachtung entschädigen.

Aber auch dafür gibt es Trost. Das Schicksal des deutschen Schriftstellers mit dem braunen Sichtvermerk ist klassisch vorgeahnt worden! Im „Faust“ steht das alles schon:

Was ihr den Geist der Zeiten heißt, —

das ist im Grund der Hyeron-eigener Geist.

Argus.

Amtlich!

Saarbrücken, den 18. April 1934.

Auf Grund des Artikels 18 der Verordnung vom 10. Mai 1933 zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit erlaube ich um unentgeltliche Aufnahme ohne Einschnitt oder Begrenzung der nachfolgenden amtlichen Kundgebung. Der Abdruck hat unverzüglich in der nächsten, noch nicht abgeschlossenen Nummer Ihrer Zeitung zu erfolgen auf der ersten Seite, in der ersten Spalte.

Es ist unklar, daß die Regierungskommission beim Obergericht in Saarbrücken eine Sonderabteilung für politische Vergehen eingerichtet hätte.

Ebenso wenig ist eine solche Maßnahme durch die Justizverwaltung oder den Obersten Gerichtshof selbst getroffen worden. Politische und nicht politische Straffachen kamen und kommen nach wie vor bei dem einseitigen beim Obersten Gerichtshof bestehenden Straffenat zur Verhandlung.

Niemals ist beschlossen oder auch nur in Erwägung gezogen worden, eine Kaserne in Saarbrücken zu einem „Sondergefängnis für politische Verbrecher“ umzubauen. Ein Kasernengebäude wird in Saarbrücken zu einem Gefängnis hergerichtet, weil die seit langem bestehende Überfüllung der Strafanstalt in Saarbrücken insbesondere mit Gefangenen aller Art, die kurzfristige Freiheitsstrafen zu verbüßen haben, neue Räume erforderlich machte.

Die Überfüllung der Generalkasernenanstalt in Saarbrücken hat die Abordnung eines Hilfsarbeiters erforderlich gemacht. Bei der Auswahl wurde auf den ältesten nicht in geborener Stellung befindlichen Staatsanwalt der hiesigen Staatsanwaltschaft zurückgegriffen. In keiner Weise hat diese Maßnahme eine politische Bedeutung irgendwelcher Art.

Die Regierungskommission hat dieses Mal von einem Bericht der Zeitungen, die in dieser Angelegenheit anzureisende Nachrichten veröffentlicht haben, Abstand genommen, obwohl dies nach den gesetzlichen Bestimmungen angebracht gewesen wäre. Falls jedoch in der Folge weiterhin unrichtige oder entstellte Nachrichten von saarländischen Zeitungen verbreitet werden sollten, würde sich die Regierungskommission gezwungen sehen, von den gesetzlichen Bestimmungen Gebrauch zu machen.

Der Präsident der Regierungskommission:
ges. W. G. R. N. O. Z.
Für die Richtigkeit der Abschrift:
Der Direktor des Innen- und des Rabinets:
S. e. l. m. b. u. r. g. e. r.

Die vorstehende amtliche Richtigelegung wendet sich gegen eine der täglichen Schwindelmeldungen der gleichgeschalteten Presse. Die „Deutsche Freiheit“ hatte von der Nachricht überhaupt nicht Notiz genommen. Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen sind aber alle Zeitungen des Saargebietes zum Abdruck der amtlichen Richtigelegung gezwungen.

Gortsetzung siehe 2. Seite

Nebenorganisationen notwendig wären, um den inneren Feind niederzuhalten, wie Köhm die Welt glauben machen will. Die ausländischen Regierungen sind viel zu gut über die derzeitigen Machtverhältnisse in Deutschland unterrichtet, um Herrn Stabschef Köhm zu glauben. Und selbst wenn er wirklich nur aus Furcht vor dem Marxismus und aus Sorge um die monarchistische Reaktion seine riesenhaften Militärschiffe zusammenhielte? Alle Welt wird dennoch sagen, daß hier Millionen glänzend trainierter Männer als Reservisten bereitstehen, wie in anderen Formen in anderen Ländern auch.

Der Nationalsozialismus hat unter anderem, ob ehrlich oder verlogen sei dahingestellt, den Wahn gepredigt, nationalisierte Staaten könnten sich leichter verständigen, sein Regierungssystem werde leichter eine internationale Verständigung auf dem Boden der Gleichberechtigung herbeiführen als das demokratische. Offenbar ist das Gegenteil der Fall. Ein System, das nach innen und nach außen jede öffentliche Kontrolle unmöglich macht, gilt nirgendwo als vertrauenswürdiger Partner. Das Mißtrauen wächst, und die Rüstungen steigen entsprechend. Der Nationalsozialismus, der nur Nationalismus ist und nichts von den völkerverbindenden Ideen des Sozialismus kennt, diese sogar ausdrücklich ablehnt, ist auch außenpolitisch Deutschlands Unglück und ist Europas Gefahr.

Französische Flottenmanöver

Paris, 19. April. Die französischen Flottenmanöver sehen in diesem Jahre drei verschiedene Operationen vor. Zunächst beginnen längs der afrikanischen Küste im Mittelmeer Vande- und Küstenverteidigungsübungen unter Beteiligung des 1. Geschwaders und Einleitung des Flugzeugmuttergeschiffes "Bearn". Sie nehmen am nächsten Donnerstag ihren Anfang und dauern bis zum 30. April. Dann unternimmt das 1. Geschwader eine Übungsfahrt von einmonatiger Dauer, bei der die algerischen Häfen angelaufen werden. Ende Mai konzentriert sich das französische Mittelmeergeschwader vor Casablanca und begibt sich zu einwöchiger Übungsfahrt nach dem Krienshafen Orient, wo das atlantische und das Kanalgeschwader zu ihm stoßen und wo vom 7. Juni ab dann gemeinsame Flottenmanöver beginnen.

Der Mannheimer Krawall

Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ erscheint wieder

Die antikatholischen Rundgebungen in Mannheim, die zum Sturm auf das Verlagsgebäude des „Neuen Mannheimer Volksblattes“ und zur Verhaftung seiner Mitglieder des Verlags und der Redaktion führten, haben großes Aufsehen erregt. Die Schelte verurteilten, von der Nazipresse angezettelten Krawalle sind eine Begleitmusik zu den soeben begonnenen Konfessionsverhandlungen in Rom und werden darum auch in der Auslandspresse stark beachtet.

Unter diesem Druck hat man versucht, den Schaden einzugrenzen wieder anzumachen. Das „Neue Mannheimer Volksblatt“ dürfte am Mittwoch wieder erscheinen. Es teilt mit, daß die zuständigen Regierungsstellen sich sofort mit den Vorfällen beschäftigt haben und noch im Laufe des Dienstagmorgens das weitere Erscheinen der Zeitung von Mittwoch ab ausgesprochen wurde. Irrendwelsche Maßnahmen sind gegen die Zeitung nicht verfaßt worden. Die zu ihrer eigenen persönlichen Sicherheit abgeführten vier Angehörigen des Verlags, der Schriftleitung und des technischen Betriebes sind wieder in Freiheit gesetzt worden.

Worin bestand das Vergehen dieser Zeitung? Sie hatte, unter Berufung auf die Bischöfe, gewagt, die katholische Einwohnerschaft Baden, die die Mehrheit im Land besitzt, zur Unterstützung der katholischen Presse aufzufordern. . . .

Buttman in Rom

Der römische Korrespondent der christlichsozialen Wiener „Reichspost“ meldet:

Der deutsche Ministerialdirektor Buttman, der auch die bisherigen Verhandlungen mit dem Vatikan über das Reichskonkordat führte, weilt seit einigen Tagen wieder in Rom, um möglichst eine Einigung über die Durchführungsbestimmungen zu erzielen. Als Grundlage dient die deutsche Antwort auf das Memorandum des Kardinalstaatssekretariats, das der Reichsregierung vor Oberron von Dr. Buttman überbracht worden war. Der Text des Memorandums wie der Antwort ist bisher nicht veröffentlicht worden, doch darf angenommen werden, daß beide Schriftstücke versuchen werden, einen Modus vivendi zwischen Kirche und Staat in Deutschland zu finden. Würde man in Rom die Garantien und eine größere Sicherheit als bisher haben, daß der von den obersten Führern in Deutschland darin betonte gute Wille auch der alte Wille aller neben- und untergeordneten Stellen der nationalsozialistischen Hierarchie der Führung wäre, was fruchtlos bisher nicht der Fall ist, so würde anscheinend eine vorläufige Einigung leichter zu erreichen sein.

Im übrigen steht für alle römischen Beurteiler der Lage fest, daß leitend des Vatikans keinerlei sachliche oder auch nur formelle Konzessionen in der Hauptfrage, nämlich die christlich-katholische Erziehung der katholischen Jugend in religiöser und ebenso moralischer Hinsicht gemacht werden. Diese Erziehung betrifft im Sinne der Kirche die Garantien für Familie, Schule, Jugendorganisationen und Universitäten in der Richtung, daß keine andere Weltanschauung als die christliche für Katholiken als Erziehungs- und Lebensprinzip maßgebend sein könne.

Furtwängler in Paris

DRS. Paris, 18. April. Wilhelm Furtwängler leitete am Dienstag in der Großen Oper ein Konzert der Berliner Philharmoniker vor ausverkauftem Hause. Der letzte Abend vereinigte das weltanschauliche, das geistige und kulturelle Leben von Paris. Auch der Präsident der Republik und Frau Vebrun waren anwesend. Als Gäste des Präsidenten wohnten der deutsche Botschafter Köster und seine Gattin dem Festkonzert in der Loge des Präsidenten bei. Furtwängler, der schon bei seinem Erscheinen vom Publikum begrüßt wurde, erntete Beifallsstürme. Er wurde in der Pause vom Präsidenten der Republik persönlich empfangen und beglückwünscht. Das reiche Programm des Abends enthielt außer Werken von Mozart und Schumann und „Also sprach Zarathustra“ von Richard Strauss auch Stücke der französischen Komponisten Ravel und Debussy, deren Interpretation besonders lebhaften Beifall fand.

„Erfahrungen aus dem letzten Kriege“ Frankreich gegen Deutschlands Aufrüstung

Paris, 19. April 1934.

Die Note, die die französische Regierung der englischen Regierung auf ihre Anfrage vom 28. März hat überreichen lassen, sagt u. a.: „Nun hat an dem Tage, an dem der englische Botschafter sich seines Auftrags entledigte, der „Reichsanzeiger“ in Berlin den von der Reichsregierung am 22. März für das Rechnungsjahr 1933/34 angenommenen Haushaltsplan veröffentlicht. Die Prüfung dieses Haushaltsplans erlaube es, für das Kriegsministerium, für das Marineministerium und das Luftfahrtministerium eine Ausgabenerhöhung von 352 Millionen M.M. festzustellen.“

Der englischen Regierung hat sich ebenso wie der französischen eine Erregung bemächtigt wegen der Höhe dieses Ausgabenzuwachses. Sie hat den Ernst der Tatsache durch die Demarche unterstrichen, die ihr Botschafter in Berlin beim Reichsaussenminister unternommen hat.

Die Erklärung, die er erhielt, ist weniger eine Rechtfertigung als eine Verneinung. In Wirklichkeit hat die Reichsregierung, ohne die Ergebnisse der aufgenommenen Verhandlungen abzuwarten, ihren Entschluß aufzuzwingen wollen, ihre Aufrüstung in jeder Form fortzusetzen, und zwar in dem Ausmaß, das sie allein bestimmen zu können behauptet und unter Mitwirkung der Bestimmungen des Vertrages, der mangels jedes anderen Abkommens für den Rüstungsstand maßgebend bleibt. Die Reichsregierung denkt sofort in einem großen Ausmaß nicht nur die Stärke ihres Heeres, sondern auch die ihrer Marine und ihres Flugwesens zu erhöhen.

In letzterem Hinsicht steht den Nachbarn Deutschlands um so weniger frei, die über sie verhängte Drohung außer acht zu lassen, als kürzlich in der entmilitarisierten Zone, und zwar unter Verletzung des Vertrages, zahlreiche Flugpläne angelegt worden sind.

Gleichzeitig fämmert sich die Reichsregierung weniger darum, die halb-militärischen Verbände zu beseitigen oder zivilen Zwecken zuzuführen, als ihren für den Krieg angepaßten Gebrauch zu vervollkommen. Man braucht, um sich davon zu überzeugen, nur die anderen Haushaltspläne, die mit der nationalen Verteidigung nichts zu tun haben, zu lesen. Welche Auslegung man alle dem auch zu geben versucht, erfordert diese außerordentlich ernste Tatsache eine gemeinsame Feststellung und Schlußfolgerung.

Sie beweisen, daß die Reichsregierung — absichtlich oder

nicht — Verhandlungen, deren Grundlage durch ihre Initiative zunächst gemacht wurde, unmöglich gemacht hatte. Diese Feststellung diktiert der französischen Republik ihre Pflicht und ihre Antwort.

Vor jeder Feststellung, ob eine Einigung möglich ist über ein System von Ausführungsbedingungen, das wirksam genug wäre, um die Unterzeichnung eines Abkommens zu erlauben, das die bedeutende Aufrüstung Deutschlands legalisieren würde, muß Frankreich in erster Linie die Bedingungen zu seiner eigenen Sicherheit in Betracht ziehen, von denen es übrigens die Sicherheit der übrigen in Frage kommenden Mächte nicht trennt.

Die Note verweist dann nochmals auf die Rückkehr Deutschlands in den Völkerbund, die wenigstens teilweise die Besorgnisse hätte zerstreuen können. Es hätten auch noch andere Regierungen aus der gleichen Sorge heraus die gleiche Auffassung befunden. Hinsichtlich dieser wichtigen Frage habe Herr Eden jedoch aus Berlin keine günstige Lösung mitbringen können.

Die französische Regierung könne ihrerseits auf diese wesentliche, von ihr in den Vordergrund gerückte Bedingung nicht verzichten.

Erneut beschwört die französische Regierung ihre Erfahrungen aus dem letzten Kriege, dessen Grauen Frankreich mehr als jedes andere Land erfahren habe. Frankreich sei für die Freundschaft der englischen Regierung dankbar, da mit ihm ein wirksames System, durch das die Ausführungen eines Abrüstungsabkommens mit Garantien umgeben werden könne, ausfindig machen wolle. Frankreich bedauert, daß eine von auswärts kommende Initiative plötzlich die von beiden Ländern mit ähnlichem guten Willen geführten Verhandlungen zwecklos gemacht hat. Es wird Sache der Abrüstungskonferenz sein, ihr Werk wieder aufzunehmen. Frankreich sei während der ganzen Verhandlungen den Grundfragen treu geblieben, von denen sich der Hauptanstoß der Abrüstungskonferenz stets habe lassen lassen. Frankreich wolle in diesem Sinne weiter verfahren.

Die französische Regierung zweifelt nicht daran, daß sie bei der nächsten Genfer Tagung auf die wertvolle Mitarbeit der englischen Regierung rechnen darf, um den Frieden durch die Garantien, die die allgemeine Sicherheit erfordern, zu festigen.

„Unwiderfürlich“ Die ernste Lage

London, 19. April. Zur französischen Note sagt der sozialistische „Daily Herald“, die Note mache allen direkten Besprechungen über Abrüstung ein jähes und unvorderrückliches Ende. Die schwierigste Lage seit Beginn der Abrüstungskonferenz sei entstanden. Die britische Regierung dürfe aber ihre Bemühungen nicht aufgeben.

In einem Vortragsauszug des „Daily Telegraph“ wird u. a. gesagt: Die letzte französische Note bedeutet eine tiefe Enttäuschung. Hinter den höflichen Wendungen der Antwort findet sich die Verwerfung aller Pläne für Begrenzung der Rüstungen, um die sich die britische und die italienische Regierung bemüht haben. Die britische Regierung habe, so fährt das Blatt fort, anerkannt, daß Deutschland aus moralischen Gründen die Mittel der Selbstverteidigung zugehört werden müssen. Nach Ansicht des Foreign Office habe die Wahl zwischen einer begrenzten Aufrüstung Deutschlands auf Grund einer Vereinbarung der anderen Mächte oder einer unbegrenzten Aufrüstung in einer Atmosphäre allgemeinen Mißtrauens und Uebelwollens gelegen. Die französische Note scheine den letzteren Weg zu wählen und damit jedem Gedanken an wertvolle Ergebnisse der Abrüstungskonferenz ein Ende zu machen. Sollte die Absicht bestehen, ein Abrüstungsabkommen in Abwesenheit und ohne Zustimmung Deutschlands auszuarbeiten, so würde es sich um Zeitverschwendung handeln. Nebenbei bemerkt scheine die französische Note die Viermächteerklärung vom Dezember 1932 über deutsche Gleichberechtigung leicht zu verleugnen. Das Blatt schließt: Nichts könnte unklarer sein, als eine Unterzeichnung des Grundes der Lage, wenn die französische Note das letzte Wort wäre. Großbritanniens könne das Bewußtsein haben, daß keine Staatsmänner sich eifrig um die Abrüstung bemüht und ein großes Risiko übernommen haben. Wenn Frankreich einseitig entschlossen ist, seinen eigenen Kurs zu verfolgen, bleibe England wenigstens unbeschäftigt und irgendwelchen Verhandlungen nach Sicherheitsgarantien und es habe die Freiheit, alle Maßnahmen zu treffen, die es um seiner eigenen Ruhe willen für notwendig halte.

Man prüft und prüft

London, 19. April. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ teilt mit: Das Kabinett war in seiner Sitzung am Mittwoch noch nicht in der Lage, sich mit der

letzten französischen Note zu beschäftigen, da keine Zeit gewesen war, den Ministern vorher den Wortlaut zu übermitteln. Später prüften Sir John Simon, Eden und Sachverständige des Foreign Office die Note. Vor der Einberufung einer Vollversammlung des Kabinetts wird der Abrüstungsaußenminister des Kabinetts die Note nochmals eingehend prüfen. Die kommenden Beschlüsse sind von größter Wichtigkeit und Tragweite; die Ansichten der italienischen Regierung und auch der belgischen Regierung werden mit großer Spannung erwartet. Ansehend ist Rom geneigt, einen weiteren Vermittlungsversuch zwischen Frankreich und Deutschland zu machen. Der italienische Unterstaatssekretär Eystich, der am Freitag in London erwartet wird, dürfte die britische Regierung in dieser Richtung sondieren. An britischen Kreisen geht man natürlich der nächsten Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz am 18. April und besonders dem Wiederzukommen des Allgemeinen Ausschusses am 23. Mai mit größter Spannung entgegen.

Die rechtskonservative „Morning Post“ überschreibt ihren Vortragsauszug über die letzte französische Note „Nihil“ (Nichts). Das Blatt unterschreibt die französische Beurteilung der Erhöhung der Gleichberechtigung Deutschland zugehört sei und daß die Durchführung dieses Grundgesetzes entweder Aufrüstung Deutschlands oder Abrüstung der anderen bedeute, bemerkt aber, solange keine Vereinbarung erreicht sei, bleibe Deutschland durch den Versailles Vertrag gebunden. Die Abrüstung und die Abrüstungskonferenz seien tot. Die Welt der Gegenwart sei nicht reif für den Verzicht auf Waffen. Das Deutschland des Herrn Hitler sei ein genügender Beweis für diese Auffassung. Wir seien wieder in derselben Lage wie 1912 und 1914 und müßten eine Wiederholung der damaligen Irrtümer vermeiden, wenn wir die gleiche Katastrophe vermeiden wollten.

Der diplomatische Mitarbeiter der „News Chronicle“ führt aus, die französische Denkschrift habe wenigstens den Vorzug der Deutlichkeit.

Unter der Überschrift „Ein Zusammenbruch“ sagt „Times“ in einem Vortragsauszug, die französische Note scheine die diplomatischen Verhandlungen über die Abrüstung zu beenden. Statt die britische Frage zu beantworten, wende sich Barthelemy „der Tatsache der deutschen Aufrüstung“ zu.

Geheim-Information für die deutsche Presse

Berlin, 19. April. Wir veröffentlichen nachstehend eine der Presse-Informationen, wie sie der gesamten deutschen Presse regelmäßig zugehen. Sie trägt das Datum vom 28. März und hat folgenden Wortlaut:

„Neben dem Prozeß der Firma Goldschmidt u. Rothschild gegen den früheren Kaiser darf an sich berichtet werden. Die Berichterstattung muß jedoch ruhig und objektiv sein. Es darf keine Polemik gegen den früheren Kaiser und seine Beziehungen zum Judentum und auch sonst keine antimonarchistische Propaganda damit verknüpft sein. Es handelt sich um Entschuldigungsforderungen, aus Vorkriegs-anprüchen.“

Im Hinblick auf die Veröffentlichung eines Artikels in einer großen keddentlichen Zeitung über Rußland sei in Erinnerung gebracht, daß irgendwelche Darstellungen, die den sozialistischen Aufbau in Rußland besprechen, nicht in die deutsche Presse gehören.

Es darf nicht darüber berichtet werden, daß beim Wachregiment Berlin ein Unteroffizier seinen Feldwebel erschossen hat. Die Unternehmung schwebt noch.

Schwierige Verhandlungen finden augenblicklich statt in der Frage der Regelung des Kunstseidenmarktes. Es scheint nicht tunlich, über diese Verhandlungen das Ausland zu informieren.

Es wird erneut darauf hingewiesen, daß Auseinandersetzungen in der Presse über kirchliche Fragen, soweit

kirchenspolitische Streitigkeiten in Frage kommen, nicht behandelt werden dürfen.

Ueber die Sanierung Dapag-Norddeutscher Flood darf in der Presse nichts gebracht werden.

Vor einiger Zeit wurden in Moskau mehrere Deutsche, die bei einer Schweizer Gesellschaft beschäftigt waren, verhaftet. Sie sind jetzt wieder entlassen worden. Die Presse wird ersucht, diese Entlassung nicht in Zusammenhang mit der Freilassung Dimitroffs und Genossen zu bringen. Es wird auch empfohlen, ausländische Pressestimmen zum Fall Dimitroff nicht mehr zu zitieren. Der Fall D. ist nunmehr endgültig für uns erledigt.

Was die Dreierkonferenz in Rom betrifft, so ist es empfehlenswert, die Dinge ruhig und sachlich zu behandeln. Ausdrücklich muß betont werden, daß nichts im Wege steht, an den Zuständen in Oesterreich sachlich Kritik zu üben. Es wird auch ausdrücklich ermahnt, von allen größeren Schärpen und persönlichen Angriffen abzulassen.

Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß im Interesse der deutsch-polnischen Entspannung über Zwischenfälle in Polen nicht berichtet werden darf. Es gilt vor allem für die deutschen Grenzzeitungen. Es ist nicht zulässig, Einzelfälle zu bringen, geschweige denn groß aufzumachen. Es handelt sich dabei um eine richtunggebende Anweisung, die auch für die Zukunft Geltung haben wird.“

Die Stimmung im Reiche

Nach den Berichten der nationalsozialistischen Opposition

Auf Grund zahlreicher intimer, vertraulicher Spezialberichte gibt das „Aktionskomitee der Deutschen Revolution“, das von Dr. Otto Straßer geführt wird, nachstehenden Bericht über die Lage in Deutschland vom Frühjahr 1934 heraus:

Die Lage in Deutschland im Frühjahr 1934 zeigt gegenüber dem Frühjahr 1933 eine ungeheure Verschlechterung der Stimmungsmäßigkeiten, der wirtschaftlich-finanziellen und der allgemeinpolitischen Situation des Hitler-Regimes.

Was die allgemeine Volksstimmung anbetrifft, so kann gesagt werden, daß 70 Prozent des deutschen Volkes unzufrieden sind. Diese Unzufriedenheit hat allerdings so vielerlei Ursachen und so vielerlei Zielsetzungen, daß sie für eine politische Willensbildung ausscheidet; ihre Bedeutung liegt vielmehr auf dem negativen Gebiet: sie mindert die Tragfähigkeit des Regimes und verwirrt die ohnehin nicht fundierte innere Sicherheit der Führung. Besonders auffällig ist die unverhüllte Art, mit der die allgemeine Unzufriedenheit bereits geäußert wird. Man kann heute in aller Öffentlichkeit, in der Straßenbahn, in Gasthäusern usw. härteste Kritik an Maßnahmen der Regierung, an hohen und höchsten Führern (mit Ausnahme Hitlers selbst!) hören und üben, ohne aufzufallen. Dieser Zustand ist gegenüber dem vor einem halben Jahre, geschweige gegenüber dem vor einem Jahr, so auffällig, daß hierin der stärkste Eindruck aller zeitweilig abwesend gewesenen Besucher besteht. Raum weniger auffällig ist die verminderte Achtung vor den Symbolen der nationalen Revolution und ihren Trägern. In jeder Stadt kann man heute beobachten, wie gleichgültig das Vorbeitragen der Fahnen, der Vorbeimarsch der SA, SS, usw. aufgenommen wird, ja man erkennt deutlich, wie die Menschen in Hausflure und Geschäfte stürzen, nur um der lästigen oder verhassten Grußpflicht zu entkommen. Diese Verminderung der Achtung gilt auch gegenüber den einzelnen SA-Leuten, die vor einem Jahr als „Adel des dritten Reiches“ angesehen wurden, heute vielfach offen als uniformierte Tagediebe und arbeitsscheues Gefindel bezeichnet, zu mindest aber betrachtet werden.

Diese tiefliegende Unzufriedenheit der allgemeinen Volksstimmung, deren ganzes Ausmaß immer erst im Vergleich mit dem Vorjahr ersichtlich wird, hat ihre bedeutende Ergänzung in der Stimmung innerhalb der Parteikreise.

Hier hat sich vor allem ein merkwürdiger Umchwung zwischen SA und SS ergeben: während früher allgemein die SA als das revolutionäre Element angesehen wurde, ist heute vor allem die SS mit dem gegenwärtigen Zustand denkbar unzufrieden. Von den obersten Führungskreisen bis zum kleinsten SS-Mann wird diese ablehnende Haltung gegenüber der Halbwelt des heutigen Zustandes empfunden und auf die allgemeine Formel gebracht: „mit diesem braunen Staat haben wir nichts gemein, der schwarze Staat kommt erst“, wobei die SS auf ihre schwarze Uniform anspielt.

Diese Empfindung wird durch zahlreiche Kreise innerhalb der SS bewußt geschürt und erhält ihre Berechtigung durch die tatsächliche moralische, militärische und politische Ueberlegenheit der SS gegenüber allen übrigen Gruppen der

Partei. Dabei ist zu beachten, daß die Autorität Hitlers selbst nicht angezweifelt wird, während der Glaube an alle übrigen Führer so niedergeboren ist, daß ein SS-Oberführer als Beispiel des unbedingten Gehorsams seinen Untergebenen sagen konnte: „Wenn ich Ihnen den Befehl gebe, Göring zu erschießen, hat das ohne Wimperzucken zu geschehen!“

Im Gegensatz zu der bewußt nationalsozialistischen, dabei zunächst noch unverändert hitlertreuen Eliteorganisation der SS, stellt sich die SA als eine politisch und personell in Auflösung befindliche Massenorganisation dar, deren Disziplin nur mühsam durch äußere Gewaltmittel aufrechterhalten werden kann.

Von einem bewußten Nationalsozialismus wie überhaupt von einer klaren einheitlichen politischen Vorstellung, geschweige Willensbildung ist innerhalb der SA keine Rede. Dagegen fehlt ihr auch das einigende Band der unbedingten Hitlertreue. So erklärt es sich, daß die SA ein recht gemischter Haufen verschiedenartiger Existenzen ist, zusammengehalten durch militärischen Drill, der weitgehendst verhasst ist, gelegentlich durch Anhänglichkeit an einzelne Führer, in der Hauptsache aber durch die Rücksicht auf Vorteile im Berufsleben, die man bei Zugehörigkeit zur SA genießt. Bezeichnend für die innere Zerlegung der SA ist die Tatsache, daß hier auch die Autorität Hitlers am wenigsten Geltung hat und daß aus der SA die Bezeichnung „Ober-Chaplin“ stammt, mit der man den Führer unter sich benennt. Daß hierbei die zahlreichen kommunistischen Gruppen und Zellen in der SA eine Rolle spielen, ist sicher, obwohl dadurch keinerlei politische Willensbildung dargestellt wird.

Bei den übrigen Parteigruppen ist die Enttäuschung der NSD, am auffälligsten. Das neue Arbeitsgesetz mit seiner schrankenlosen Machtstellung der Kapitalisten, die nunmehrige völlige Ausschaltung der NSD bei dem neuesten „Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaues der deutschen Wirtschaft“, die Uebertragung der ganzen Wirtschaftsmacht an die Schacht, Schmitt, Thyssen, Krupp, Börsler, Duisberg usw. hat das Ansehen der NSD, und ihrer „Arbeitsfront“ so geschwächt, daß ganze Betriebe geschlossen austreten, zahlreiche Funktionäre meutern und die Einzelaustritte in die Zehntausende gehen.

Nach zahlreichen Nachrichten soll der oberste NSD-Führer Staatsrat Engel an der Spitze zahlreicher alter Funktionäre seinen Rücktritt angeboten haben, wenn das Arbeitsgesetz unverändert am 1. Mai in Kraft tritt. — Daß die Enttäuschung innerhalb der mittelmäßigen Parteigruppen nicht gering ist, ergibt sich aus dem schreienden Prosto der Warenhaus- und Konsumvereinspolitik zwangsläufig. In steigendem Maße werden namentlich auch die bäuerlichen Parteigruppen, die bisher die treueste Stütze des Systems waren, in die allgemeine Unzufriedenheit mit hineingerissen, wobei die Zwangswirtschaft mit Fiern und Milch, sowie die maßlose Belastung mit städtischen Arbeitslosen die Hauptgründe der Verärgerung bilden.

Der Hauptnährboden dieser allgemeinen Unzufriedenheit

im Volk und in der Partei sind die wirtschaftlichen Zustände. — Alle noch so geschickte Reklame konnte auf die Dauer folgende Tatsache, die jeder Deutsche an sich selbst erleben, nicht verdecken.

a) Die Einkommensverhältnisse haben sich in den 14 Monaten Hitler-Regime nicht verbessert, sondern verschlechtert.

b) Die wirtschaftlich-rechtliche Stellung des Arbeitnehmers gegenüber dem „Kapitalisten“ ist völlig unverändert geblieben, ja hat sich eher verschlechtert, was insbesondere durch das neue Arbeitsgesetz sichtbar und fühlbar wird.

c) Die Steuerlasten, Zinsen, Hypotheken, Zwangsbeiträge usw. haben sich trotz 14 Monate Hitler-System nicht verringert, und der Würgegriff der „Bank- und Börsenfürken“ dauert unvermindert an.

d) Die Arbeitslosigkeit ist nicht durch neue Arbeitsbeschaffung und erhöhtes Arbeitsvolumen vermindert worden, sondern durch Arbeitsverdrängung zu Lasten der noch in Arbeit Befindlichen, worüber die amtliche Angabe des unverändert gebliebenen Lohnsummenwachstums wider Willen Aufschluß gab.

Diese wesentlichen, von jedem einzelnen Deutschen unmittelbar wahrgenommenen Tatsachen haben das Vertrauen zur Wirtschaftspolitik des Hitler-Systems völlig zerstört. Das umso mehr, als gerade der unbeschränkte Machtbesitz des Regimes die alte Ausrufe „wir möchten schon, aber wir können nicht“ ad absurdum führt.

Dazu kommt die allerdings erst am Beginn stehende Deunruhigung über Währung und Finanzen, die durch die pessimistischen Reden Schwachts (die eigentlich nur für die Auslandsgläubiger bestimmt sind, den Inländern dabei aber zu Ohren kommen) und durch die „Pump-Rede“ des Reichsfinanzministers in München hervorgerufen bzw. bestätigt wird. Ihre Auswirkungen sind unabsehbar, da die Ergebnisse der Inflation zu tief in den Herzen ruhen, um nicht beim geringsten Anlaß schreckartig wieder nach zu werden.

Neben diesen wirtschaftlichen Gründen der Unzufriedenheit gibt es noch zahllose allgemein-politische, vor allem die religiösen Kämpfe, die außenpolitischen Niederlagen (Oesterreich, Römischer Pakt), die innenpolitische Untätigkeit (Vertagung der Reichsreform, noch keine neue Verfassung usw.) und last not least die zahllosen persönlichen Unzulänglichkeiten der Systemträger, die in einer wahrhaft gigantischen Korruption ihren Ausdruck finden.

Da das Hitler-System sowohl insofern der Persönlichkeit Hitlers wie insofern der tatsächlichen Zwangslagen (Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems und seiner Schuldlast) nicht in der Lage ist, eine durchgreifende Aenderung vorzunehmen und dadurch die Ursachen dieser Unzufriedenheit zu verstopfen, so hält der Prozeß der materiellen Schrumpfung, der steigenden Unzufriedenheit, des allgemeinen Vertrauenschwundes an und führt in immer schnellerem Tempo zu Ausschöpfung des Systems. — Im gegenwärtigen Zustand ist das persönliche Ansehen Hitlers davon nicht oder nur unwesentlich ergriffen. Im weiteren Verlauf aber wird gerade Hitler selbst davon ergriffen, was für ihn den Zwang bedeutet, sich zwischen den beiden Anwegen zu entscheiden:

Sozialistische Revolution oder rassistischer Krieg.

Niedergang der deutschen Zeitungen

Wie es um die „große Presse“ steht

Die in Saarbrücken erscheinende Wochenschrift „Westland“ schreibt:

Ein Vergleich der durchschnittlichen Auflagezahlen des 4. Quartals 1933 und des 1. Quartals 1934 verschiedener Zeitungen beweist, daß die umfängliche Entwicklung abgeschlossen ist.

	Durchschnittsauflagezahl 4. Quartal 1933	Durchschnittsauflagezahl 1. Quartal 1934
Völkischer Beobachter	311 384	330 086
Der Angriff	94 200	60 119
Westfälische Landeszeitung (früher Dortmund Generalanzeiger)	190 451	185 647
Westdeutscher Beobachter	205 094	201 976
Berliner Lokalanzeiger	130 193	165 415
B.Z. am Mittag	99 810	91 834
Berliner Tageblatt	74 784	64 400
Deutsche Allgemeine Zeitung	62 455	60 718
8-Uhr-Abendblatt	47 653	39 232
Der Tag	44 674	42 035
Börsenzeitung	30 000	31 129
Münchner Neueste Nachrichten	106 158	102 747
Kölnische Zeitung (ohne Stadtanzeiger)	24 000	23 642
Frankfurter Zeitung	65 700	61 035
Kölnische Volkszeitung	18 200	18 117
Deutsche Bergwerkszeitung	16 000	16 373
Berliner Illustrierte Zeitung	1 142 010	1 108 350
Kölnische Illustrierte Zeitung	269 961	252 423
Frankfurter Illustrierte Zeitung	212 000	190 000

Die nationalsozialistischen Zeitungen, die wir wegen ihrer Bedeutung herausgegriffen haben, weisen im großen und ganzen eine Verringerung ihrer Auflage auf. Der Gewinn des „Völkischen Beobachters“ ist durch den größeren Verlust des „Angriffs“, der von dem Münchener Parteiverlag übernommen wurde, weit übertrifft. Die zwei außerordentlich ins Kraut geschossenen großen Provinzzeitungen, der „Westdeutsche Beobachter“ und die „Westfälische Landeszeitung“, haben ebenfalls einen kleinen Rückschlag erlitten. Bei den bürgerlichen Zeitungen läßt sich kein Entwicklungsgesetz feststellen. Aber im Durchschnitt scheint die Zahl der Leser überhaupt zurückgegangen. Entweder verzichten viele auf die Zeitungslektüre, oder sie wenden sich ausländischen Blättern zu, insbesondere den deutschsprachigen, in der Hauptsache den schweizerischen. Aber auch englische und französische Zeitungen werden mehr als jemals gekauft. Noch nie ist in Deutschland so eifrig die fremde Presse studiert worden.

Von einer anderen Seite bringt der katholische „General-

Anzeiger“ in Saarbrücken Material für den Verfall der deutschen Presse bei. Er veröffentlicht die Auflageziffern der katholischen Presse:

Die größte Auflageziffer weist die Essener Volkszeitung mit 32 000 auf. Ihr folgen der Münchener Anzeiger mit 31 850, das Düsseldorf Tagblatt mit 31 850, das Westfälische Volksblatt (Baderborn) mit 27 000, die Schlesiische Volkszeitung (Dreslau) mit 22 000, das Fränkische Volksblatt (Würzburg) mit 21 850, die Triertische Landeszeitung mit 19 400, die Märkische Volkszeitung (Berlin) mit 19 800, die Rhein-Mainische Volkszeitung (Frankfurt) mit 19 300, die Rheinische Volkszeitung mit 18 200, der Volksfreund (Köln) mit 16 000, die Bayerische Volkszeitung (München) mit 15 300, das Deutsche Volksblatt (Stuttgart) mit 10 850, die Germania (Berlin) mit 10 752, das Mainzer Journal mit 10 150, der Badische Beobachter (Karlsruhe) mit 9 200, der Bayerische Kurier (München) mit 6 250 und die Augsburgische Postzeitung mit 4 012.

Die Zahlen sind den Angaben der Zeitungen selbst entnommen, da diese nach dem neuen Presse- und Schriftleitergesetz täglich ihre Auflage im Impressum veröffentlichen müssen.

In Deutschland leben über zwanzig Millionen Katholiken. Die Auflage aller katholischen Zeitungen zusammengenommen beträgt täglich nur noch 300 000 Exemplare. Dazu mögen noch einige hunderttausend wöchentlich erscheinender Kirchenblätter kommen, die aber nur von alten Leuten wirklich gelesen werden. Auch die Verbreitung der katholischen Jugendvereinsblätter, die nie sehr groß war, ist noch gesunken. Es ist gut, sich das vor Augen zu halten, um die Position der katholischen Kirche im Kampf gegen die nationalsozialistische Diktatur nicht zu überschätzen.

Zwei Millionen Bezieher verloren!

Das „Arbeiterium“, amtliches Organ der Deutschen Arbeitsfront, hat im ersten Quartal 1934 rund 2 Millionen Leser verloren. Die Auflage betrug Anfang Januar — nach eigenen Angaben der Zeitschrift — 8,1 Millionen, die Durchschnittsaufgabe im ersten Quartal 2 000 000, so daß die Auflage der letzten Märznummer rund 1,1 Millionen betragen haben muß, wenn der Durchschnitt von 2 000 000 sich ergeben soll.

Liquidationsbeginn bei Dumont-Schauberg

(Zurück) Der Verlag Dumont-Schauberg, in dem die „Kölnische Zeitung“ erscheint, hat den ersten praktischen Schritt zur Liquidation des schon lange untragbar gewordenen Unternehmens getan. Die Wochenzeitung „Sonntag-Morgen“ wurde von Dumont-Schauberg an die Berliner nationalsozialistische Voran-Verlag GmbH verkauft. Das Blatt wird nun wahrscheinlich in Berlin erscheinen.

Kurzbericht von der Wasserkante

h. h. Kiel. Die Aufrüstung macht weiter riesige Fortschritte. Die Firmen Deutsche Werke, Blohm u. Rönne, AG, Neuenfeld und Kuntze, Präzisionsmaschinen und andere haben große Geheimaufträge erhalten und zahlreiche Arbeiter-einstellungen vorgenommen. Alle Neueinstellungen müssen sich ehrenwörtlich verpflichten, die Art ihrer Tätigkeit zu verschweigen.

Die beiden Nazigrößen und Zigarrenhändler Glaser und Schumann, haben in ihrer Eigenschaft als Amtswalter der NSDAP, eifrig für die Winterhilfe gesammelt und die eingegangenen Beiträge für sich persönlich sozialisiert. Es wurde ihnen unter großem Lärm die Uniform angehoben. Nach diesem feierlichen Akt wurden beide in das Gefängnis in der Hornstraße eingeliefert.

Nach der Beerdigung des Sozialdemokraten Henf, der nach längerer Haft im Konzentrationslager verstarb, wurde dessen Ehefrau in Haft genommen. Man hatte ihr die Verschleierung abgenommen, nichts über die Todesursache und über das Aussehen der Leiche ihres Mannes verlauten zu lassen. Es wird allgemein angenommen, daß sich Frau Henf nicht an diese Verpflichtung gehalten hat und deshalb verhaftet worden ist, da andere Gründe nicht vorliegen können.

Hensburg. Unter den hiesigen Gewerbetreibenden herrschte in den letzten Tagen große Aufregung. Anlässlich des Osterfestes legte nämlich eine starke Völkerverwanderung über die dänische Grenze ein. Die Ausflügler brachten ins Dänemark eine ganze Reihe von Waren mit, die in gewissen Mengen zollfrei über die Grenze gebracht werden dürfen. Bei dem niedrigen Kursstand der dänischen Krone war das für die Einkäufer sehr vorteilhaft. An diesen Geschäften haben sich auch eine große Anzahl hundertprozentiger Raubbeutler nationalsozialistischer Herkunft beteiligt. Den Schaden trauen die Hensburger Geschäftsleute, die ganz offen aussprechen, daß sie sich die Erfüllung der Parole „Gemeinnutz vor Eigennutz“ wesentlich anders vorgestellt haben.

„Vielleicht hat Dein Onkel“ . . .

Kindernot im „dritten Reich“

In dem neuesten Heft der deutschen Zeitschrift „Jugendland“ wird Klage darüber geführt, daß es immer noch deutsche Jungen gebe, deren Zimmer nicht mit Waffen geschmückt sei. Die „Erzieher“ erteilen folgenden Rat: „Vielleicht hat Dein Onkel einen alten Dolch aus dem Siebenjährigen Krieg, Erbteile ihn und hänge ihn an Deine Wand als Zeichen jenes Kampfes, den jeder lebendige Junge um sein Leben und um sein inneres wie äußeres Wachstums kämpfen muß: Oder Tu kannst Dir Weis und Wonen an die Wand hängen, Schild und Speer und wenn Du einen Bumerang hast, auch den. Es gibt für einen kühnen Jungen viele Möglichkeiten, aus einem kalten Zimmer einen wohnlichen Raum zu machen . . .“

Abonniert die „Deutsche Freiheit“

Japan betreibt Sozial-Dumping

Japan überschwemmt seit einiger Zeit den Weltmarkt mit weit unter dem Konkurrenzpreis angebotenen Waren. Andererseits weisen die japanischen Industriellen die Beschuldigung, ein Dumping im Ausland zu treiben, mit der Begründung zurück, daß ihre Preise im Lande selbst nicht höher seien, als die für das Ausland. Allerdings steht es außer Zweifel, daß Japan durch unwahrscheinlich niedrige Selbstkosten enorm begünstigt, außerdem — und das ist ein sehr wesentlicher Faktor — mit nur geringen Löhnen belastet ist. Nimmt man auch an, daß Japan tatsächlich kein organisches Dumping im Ausland betreiben wollte, so ist zweifellos die Formulierung richtig, Japan arbeitet mit einem Dumping innersozialer Natur.

Alle in dieser Hinsicht vorliegenden statistischen Unterlagen sind mit größter Vorsicht zu prüfen, da sie in sich und untereinander größte Unstimmigkeiten aufweisen. Am sichersten geht man wohl, wenn man die von einem internationalen Forschungsinstitut für wirtschaftliche Probleme kürzlich auf Yen-Basis herausgegebene Statistik betrachtet. Diese gibt den durchschnittlichen Tageslohn in japanischer Währung wie folgt an:

Monatsbericht vom Oktober 1927

Industrie	Männer	Yen	2,52	pro Tag
	Frauen	Yen	0,99	pro Tag
Bergwerke	Männer	Yen	1,90	pro Tag
	Frauen	Yen	1,27	pro Tag

Bericht aus dem Jahr 1931

Industrie	Männer	Yen	2,38	pro Tag
	Frauen	Yen	0,79	pro Tag
Bergwerke	Männer	Yen	1,57	pro Tag
	Frauen	Yen	0,74	pro Tag

Als wesentlich ist dieser Aufstellung hinzuzufügen, daß alle Löhne während der letzten drei oder vier Jahre in stets gleichbleibendem Verhältnis gesunken sind, und daß die an sich schon unerhört niedrigen Löhne der Textilindustrie noch am allermeisten fielen. So beträgt der Lohn der Arbeiterinnen im Durchschnitt 0,51 bis 0,72 Yen. Man muß sich dabei vor Augen halten, daß der Yen — am Jahresende 1931 betrug sein Wert in deutscher Währung 2,10 RM. — nach und nach auf einen Gegenwert von RM. 0,83 im Jahre 1933 gesunken ist. Sind auch die japanischen Löhne, die bereits im Jahre 1927 sehr niedrige waren, seither im Inland an Kaufkraft gestiegen, so hat sich doch der Devisenwert des Yen im Ausland sehr bedeutend vermindert. Ein sehr charakteristischer Zug in Japan ist die oft gehandhabte Art der Lohnzahlung. Sie wird in Form eines Entgeltes für Wohnung und als Ordnungs- und Altersprämie verrechnet. Auch muß man hier die oft angewandte teilweise Bezahlung des Lohnes in Naturalien berücksichtigen; so bezahlten 50 Prozent aller im Jahr 1927 in Betrieb befindlichen Fabriken ihre Arbeiter zum Teil in Naturalien und den Rest durch freie Wohnung in ihren Schlafsälen oder Baracken.

Als ebenso wesentlicher Faktor, wie diese Natural-Lohnung, muß die weibliche Handarbeit eingesetzt werden; und dies vor allem wegen ihrer merkwürdigen und speziellen Auswirkung für die Textilindustrie. Hierzu muß man wissen, daß im September 1933 der Tageslohn für Frauen nur 33 Prozent desjenigen für Männer betrug. Dies bei einer 80-prozentigen Frauenarbeit in der japanischen Textilindustrie. Die jungen Textilarbeiterinnen werden zu Tausenden auf dem Land angeworben. Eine Armee von Agenten, zeitweilig waren es über 50 000 Mann, im Jahre 1932 noch immer 40 000, geht aufs Land hinaus, um die Eltern an Ort und Stelle zu bearbeiten. Die Werbemethoden halten allerdings kaum der Kritik stand. Man verpflichtet

sich nämlich, den Eltern oder Verwandten einen gewissen Teil der Verdienste ihrer Kinder zu überlassen oder gar eine bestimmte Pauschale für die Kinder zu bezahlen. Die erfolgreiche Arbeit der Werber ist noch dadurch bedingt, daß selbst die niedrigen Löhne der Industrie immer noch höher sind, als die, die auf dem Lande bezahlt werden.

Kommen die jungen Mädchen vom Lande in die Fabriken, so führen sie — gezwungenmaßen — zum größten Teil ein völlig kasernisches Leben.

50 000 Fabriken Japans haben Schlafräume mit 634 000 Insassinnen. — Das Leben dieser Fabrikarbeiterinnen vergleicht man mit einigem Recht mit Lehrzeiten unter strenger Disziplin, ähnlich der Militärdienstpflicht der Männer. Die Verwendung des erarbeiteten Lohnes wird auf der Basis von Spareinlagen geleitet, die wiederum in die Kassen der Fabriken zurückfließen und von Fall zu Fall einen Teil des benötigten Betriebskapitals darstellen.

Natürlich kann ein so geartetes System leicht zu den größten Mißständen führen. Als erstes taucht die Frage auf, was aus den als Betriebskapital investierten Lohngebern wird, wenn das betreffende finanzielle Unternehmen in finanzielle Schwierigkeiten gerät. Die Arbeitsgesetzgebung ist sehr lückenhaft. So kommt es zum Beispiel vor, daß bei einem festgesetzten Mindestalter von 14 Jahren für die Fabriken kein Gesetz für Kleinbetriebe unter zehn Arbeitern besteht, welches die untere Altersgrenze der Lehrlinge bestimmt. Nun ist aber gerade die Kinderarbeit für die Kleinbetriebe, für die sie eine Menge Exportartikel, wie Spielzeug, Fächer, Baumwoll- oder Seidenbänder usw. herstellen, von ausschlaggebender Bedeutung.

Auch die Regelung der Arbeitszeit bezieht sich nur auf Frauen und junge Leute über 16 Jahre. Die untere Grenze der Arbeitszeit im Durchschnitt ist 10 Stunden für die Textilindustrie, 9—10 Stunden für andere Industriezweige. Auch die wöchentliche Arbeitsruhe ist in keiner Weise geregelt. Nichtsdestoweniger behaupten die japanischen Industriellen, daß ihre Arbeiter verhältnismäßig ebenso gut situiert sind und ebenso gut leben, wie die europäischen, und daß ihr Lebensstandard von Reis, Trockenfisch und Tee durchaus ihren Bedürfnissen entspricht. Die großen sozialen Unruhen in Japan, von denen man in Europa so gut wie gar nichts hört, sprechen aber keinesfalls für diese Behauptung. MTP.

Deutscher Außenhandel

Im März

Berlin, 19. April. Die deutschen Außenhandelsumsätze sind im März sowohl in der Einfuhr als in der Ausfuhr gestiegen. Während sich die Einfuhr um rund 20 Millionen von 378 Millionen Reichsmark im Vormonat auf 398 Millionen RM. erhöhte, stieg jedoch die Ausfuhr um 58 Millionen von 343 Millionen RM. auf 401 Millionen RM., so daß sich diesmal ein kleiner Ausfuhrüberschuß von drei Millionen RM. ergibt gegen einen Einfuhrüberschuß von 35 Millionen RM. im Februar und einem Einfuhrüberschuß von 22 Millionen RM. im Januar d. J. Die Steigerung der Einfuhr war fast ausschließlich mengenmäßiger Natur; sie entspricht im wesentlichen der unterschiedlichen Zahl von Tagen in den beiden Vergleichsmonaten. Verhältnismäßig am stärksten hat sich die Einfuhr von Lebensmitteln, die in den beiden Vormonaten erheblich gesunken war, erhöht, und zwar von 79,2 auf 87,5 Millionen RM. Die Steigerung der Fertigwareneinfuhr von 56,9 auf 61,8 Millionen RM. entspricht ziemlich genau der jahreszeitlichen Tendenz. Die Rohstoffeinfuhr, die in den Vormonaten stark gestiegen war, hat in geringerem

Maße zugenommen, und zwar von 238 auf 264,7 Millionen RM. Das gegen Ende März erlassene Einkaufsverbot für eine Reihe ausländischer Rohstoffe hat sich in den Einfuhrzahlen für März noch nicht ausgewirkt.

Die Steigerung der Ausfuhr beruht fast ausschließlich auf einer mengenmäßigen Steigerung des Fertigwarenausfuhres. Hiermit war saisonmäßig zu rechnen. Mengenmäßig liegt die Ausfuhr im März um fast vier Prozent über dem Vorjahresstand, wertmäßig jedoch um sechs Prozent darunter. Die Senkung der Ausfuhrpreise scheint sich auch im März noch fortgesetzt zu haben. Die Fertigwarenausfuhr stieg von 295,7 im Vormonat auf 350,1 Millionen RM. Die Rohstoffausfuhr war mit 72,1 gegen 71,4 Millionen RM. nahezu unverändert. Die Lebensmittelausfuhr stieg von 11,6 auf 13,4 Millionen RM.

Neue Devisenverordnung

Geboren aus der verzweifelten Lage der Reichsmark

DRY, Berlin, 18. April. Die Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung hat auf Grund der 8. Durchführungsvorschrift zur Devisenverordnung, durch die u. a. die Freigrenze für andere Zwecke als den Reiseverkehr auf 50 RM. herabgesetzt und die Ueberbringung von Reichsmarknoten in das Ausland auch im Rahmen der Freigrenze unterlagt wurde, folgende Anordnungen für den Reiseverkehr nach dem Ausland getroffen, soweit sich dieser im Rahmen der Freigrenze vollzieht.

Bis zum 30. April 1934 bleiben die bisherigen Vorschriften mit der Einschränkung unverändert, daß die Ueberbringung oder Verleitung von Reichsmarknoten in das Ausland verboten ist. Es können also ohne Devisengenehmigung bis zu 200 RM. für jede Person in deutscher Hartgeld, ausländischen Noten, Reichsschecks, Kreditbriefen, Schecks usw. für Reisezwecke während des Monats April 1934 in das Ausland verbracht oder nachgekauft werden. Der Erwerb ausländischer Zahlungsmittel bedarf der Eintragung im Reisepaß.

Mit Wirkung vom 1. Mai 1934 gilt folgendes: Neben dem herabgesetzten Freigrenzenbetrag von 50 RM., der in jeder Form mit Ausnahme von Reichsmarknoten und inländischen Geldmünzen (z. B. deutsches Hartgeld, ausländische Noten) in das Ausland überbracht werden darf, können im Ausland anfallende Personen ohne Genehmigung Reichsschecks, Kreditbriefe oder Hotelgutscheine bis zu weiteren 150 RM. innerhalb eines Kalendermonats gegen Eintragung in ihren Reisepaß erwerben und in das Ausland überbringen oder sich nachsenden lassen. Zur Auslösung von Reichsschecks und Kreditbriefen sind das Mitteleuropäische Reisebüro und eine Reihe von Devisenbanken ermächtigt. Die Reichsschecks und Kreditbriefe lauten auf Reichsmark oder auf die Währung des Landes, in das die Reise unternommen werden soll. Abgehobene, aber nicht verbrauchte Beträge und nicht eingelöste Schecks müssen binnen drei Tagen nach Beendigung der Reise der Reichsbank wieder angeboten werden. Die abgehobenen Beträge dürfen nur für den Lebensunterhalt während der Reise Verwendung finden. Die Nachsendung von Reichsschecks, Kreditbriefen und Hotelgutscheinen ist nur dann statthaft, wenn entweder der Paß des Reisenden zur Vornahme der vorgeschriebenen Paßeintragung eingeleistet wird oder die Paßeintragung bereits vor Antritt der Reise vorgenommen wurde.

Von diesen Möglichkeiten einer Ueberbringung des Gegenwertes weiterer 150 RM. für Reisezwecke kann nur für drei Monate innerhalb eines Kalenderjahres Gebrauch gemacht werden. Sollten für weitere oder länger dauernde Reisen Beträge von mehr als 50 RM. monatlich Verwendung finden, so bedarf es der Genehmigung einer Devisenstelle. Die Möglichkeit der Verwendung weiterer 500 RM. für Reisen auf Grund der Reiseverkehrsabkommen bleiben unberührt.

„Die Zehntausend“

Der Deutschland-Korrespondent des Londoner „Manchester Guardian“ hat vor einiger Zeit eine Betrachtung über die Kräfte veröffentlicht, die Hitler tragen und berufen sind, die deutsche sozialistische Bewegung in eine große Zukunft zu führen. Diese Schilderung verdient Aufmerksamkeit.

Die Revolution gegen Hitler ist viel schwieriger als es jene gegen den Zaren war, denn die Herrschaft Hitlers ist bei weitem schonungsloser und — weit wirksamer. Die Nazi sind mit den revolutionären Methoden vertraut und haben sowohl vom zaristischen und vom bolschewistischen Rußland, als auch vom faschistischen Italien viel gelernt. Als Meister in den revolutionären Methoden, ungehemmt durch sektiererische Dogmen oder moralische Skrupeln, sind sie in ganz hervorragender Maße fähig, mit Demagogie, mit Täuschung und mit Gewalt fertig zu werden mit allen, die ihrer Macht entgegenzutreten wagen. Die diesen Mut begehen sind Helden und Heldinnen. Sie müssen im Verborgenen arbeiten, ohne Ruhm und Anerkennung, in äußerstem Elend und in täglicher Erwartung eines qualvollen Märtyrertodes.

Es kann unmöglich gesagt werden, wie viele in aktiver politischer Arbeit gegen die Diktatur stehen — vielleicht zwanzig bis fünfundsiebzigtausend Menschen, wenn man die Ueberreste der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei dazu rechnet. Jene, die neu beginnen — das heißt jene Gruppen, die eines Tages eine neue und geeinte deutsche Arbeiterbewegung schaffen können — werden in diesem Artikel als die „Zehntausend“ bezeichnet werden, obwohl das nicht ihr Name ist, und obwohl ihre Zahl kleiner oder auch viel größer sein kann. Einige Gruppen haben keine Namen, und die Namen jener, die einen haben, müssen vor der Gestapo geheim bleiben.

Die „Zehntausend“ sind keine geschlossene Organisation mit einem gemeinsamen Programm und sie können es auch nicht sein.

Einige dieser Gruppen wissen sogar überhaupt nichts von den anderen. Die meisten von ihnen sind aus der jüngeren Mit-

gliedschaft der Sozialdemokratischen Partei, andere aus der KPD, hervorgegangen. Es werden ohne Zweifel Bemühungen unternommen werden, sie miteinander zu verbinden, obwohl eine zentralisierte Organisation wie die der alten Parteien unmöglich ist. Es muß so tief im Verborgenen gearbeitet werden, daß nur wenige Menschen in einer Stadt oder in einem Bezirk Genaueres selbst bloß über die lokale Bewegung wissen dürfen. Denn wenn sie in die Hände der Staatsorgane fallen, können sie so gemartert werden, daß niemand von ihnen verlangen dürfte, die Geheimnisse zu bewahren, die ihre Peiniger ihnen entreißen wollen.

In der wachsenden Erkenntnis der wahren Lehren von Karl Marx beginnen sich die Führer der „Zehntausend“ (soweit hier bereits von „Führern“ gesprochen werden kann) von den alten Parteien loszulösen.

Sozialismus und Kommunismus sind ihrem Ursprung und ihrem Endziel nach dasselbe. In Deutschland haben beide ihren gemeinsamen Ursprung verleugnet — nicht in Worten, aber in Taten — und beide haben den Weg ihres gemeinsamen Endziels verlassen.

Unter den „Zehntausend“ ist ein Suchen nach dem gemeinsamen Ursprung, ein „Zurück zu Marx“ — selbst dann, wenn Marx damit nur überwunden werden soll, wenn es ganz klar zu sein scheint, daß „Marx nicht genug“ ist und daß die ganze materialistische Geschichtsauffassung einer Revision und vielleicht mehr als nur einer Revision bedarf.

„Neu beginnen“ ist — mehr für den Außenstehenden als für die „Zehntausend“ selbst — eine Abrechnung mit den geistigen Kämpfen, die das qualvolle Sterben der deutschen Arbeiterbewegung begleitet haben und heute ihre nicht weniger schmerzliche Wiedergeburt bedrohen. Heute besteht innerhalb der deutschen Arbeiterklasse nur wenig Raum und nur geringes Bedürfnis nach Propaganda, wohl aber ein großer Hunger nach Mitteilungen darüber, was außerhalb Deutschlands geschieht, und die den Deutschen, die keine ausländischen Zeitungen lesen oder kaufen können, unzugänglich bleiben.

Das Wort „Massenaktion“ hat, wenigstens für die Gegenwart, jeden Sinn verloren. Die Hauptaufgabe der „Zehntausend“ ist nicht die Gewinnung der „Masse“ oder der

„Massen“, sondern die Heranbildung einer Schar von Vorkämpfern, die durch Willenskraft, Intelligenz, unbeugsame Charakterstärke und durch hingebungsvollen Kampffür die Idee der Freiheit Einfluß und Führung erlangt.

Von den Methoden der Nazi kann man vieles lernen, aber die Methoden der „Zehntausend“ sind das genaue Gegenteil von diesen und sie müssen es sein. Die sozialdemokratische, die kommunistische und die nationalsozialistische Bewegung sind alle Massenbewegungen. Das Bestreben der „Zehntausend“ geht weniger dahin, die Massen schon jetzt zu „beherrschen“, als darauf, sie auf einen entscheidenden Augenblick — einen Streik, eine Krise, einen Krieg — vorzubereiten, um dann der Entwicklung eine bestimmte Richtung zu geben. Es ist die Aufgabe der „Zehntausend“, so die Massen zu durchdringen, daß sie immer, was auch geschieht, „dabei sein“ können, wenn auch nicht mit Gewalt, wenn auch nicht offen, aber stets wirksam und, zur gegebenen Zeit, entscheidend.

„Parolen“ sind in Deutschland fast bedeutungslos geworden; die Massen wollen und können sich bis jetzt um niemanden anders als um Hitler scharen. Als Meister der Massensuggestion und Massenaktionen steht er in Europa einzig da. Es ist nicht Aufgabe der „Zehntausend“, die Massen zu beherrschen, sondern sie zu befreien und so ihre Massennatur zu zerstören, ohne die sie niemals zu unterwerfen gewesen wären...

Den Nationalsozialisten ist es nie gelungen, die sozialdemokratischen Massen zu durchdringen und auch bei den kommunistischen Massen hielt sich ihr Erfolg in bescheidenen Grenzen. Erst nachdem alle ihre Organisationen zertrümmert, ihre Geldmittel beschlagnahmt, Tausende ermordet, gemartert, eingekerkert, in Konzentrationslager gesperrt oder vertriehen worden waren, haben sie sich ergeben. Diesen Prozeß umzukehren — also die Nazi so zu behandeln wie sie ihre Gegner behandelt haben — liegt außerhalb jeder Möglichkeit — einfach deswegen, weil Deutschland unter einer nationalsozialistischen Diktatur lebt. Die Aufgabe der „Zehntausend“ wird sein, die nationalsozialistischen Massen, besonders die Arbeiter und die Studenten, zu durchdringen. Denn das System Hitlers hat in wenigen Monaten eine solche Stärke und innere Geschlossenheit erlangt, daß es nur von innen heraus zerstört werden kann.

Antwort des Ungeborenen

Am 7. April brachte die „Deutsche Freiheit“ den Brief eines Vaters an seinen ungeborenen Sohn, von Georg Wilman. Hier ist eine Antwort darauf:

Vater!
Dein Wort hat mich erreicht in dem dämmernden Reich derer, die sich rüsten, geboren zu werden auf Eurer Erde. Es ist wie eine Höhle und aus ihr ein Ausblick nach einem Himmel.

Weite Hallen sind mit den Bildern dessen, was war und sein wird. Da wählen die Seelen ihre Zeit. Warum willst Du mich hindern, einzutreten in die meine?

Warum willst Du mich hindern zu wachsen ins Dasein? Wann, sage mir, war die Erde ohne Leid? Solches wissen wir wohl und drängen dennoch ihr zu.

Du sagst, ich werde kein Vaterland haben. Ich soll warten, bis auch Ihr wieder eins hättet.

Weißt Du, wie lang das dauern wird? Weißt Du, wann wieder Menschlichkeit herrschen wird in Deutschlands Gauen? Ob noch zu Deinen Lebzeiten — Du hoffst es, aber bist Du dessen sicher?

Die Lawine ist ins Rollen geraten, o wir hören es hier wohl, die Lawine von Unmenschlichkeit. Tausende sind begraben, Zehntausende verschüttet, wissen sich nicht herauszuarbeiten.

Ihr brachtet Euch in Sicherheit zu rechter Zeit. Ihr habt es auch für mich mitgetan. Ich danke Euch. Aber nun — wollt Ihr mir wehren zu kämpfen für ein besseres, ein schöneres Vaterland. Zu kämpfen für eine neue Welt, denn sie wird nicht ohne Kampf errungen.

Wie viele Menschen waren schon in Eurer Lage im Lauf der Geschichte! Hin und her geworfen zwischen zwei Sprachen, zwei Völkern! Solches übt, solches stählt auch.

Es klingt ein Wort an mein Ohr, ein heiliger Gesang schallt aus der Höhe. Die Höhle öffnet sich von oben und es wird licht.

„Wie Pfeile in der Hand des Helden sind die Söhne der Verbannten.“

Wie Pfeile in der Hand des Helden! Wo erklang er doch, dieser Gesang? Ich sehe sie stehen, mit Kelle und Hacke die einen. Bauen gewaltigen Mauerbau. Die andern aber wachen und schützen sie. Diese stehen in Waffen, die andern im Arbeitskleid.

Jünglinge sind es und Männer, aber auch Frauen, Greise Kinder helfen.

Gebaut, wieder gebaut wird Jerusalem von den Söhnen der Verbannten, den Heimkehrten. Lobgesang steigt auf und Truggesang.

Fortgeführte waren es, noch ganz anders als ihr in die Knechtschaft Geführte. Dort wuchsen ihnen Kinder. Helden wuchsen auf, ein seliges „Dennoch“ auf den Lippen.

Siebzig Jahre währte es, ehe der fremde Befreier kam. Da durften sie heimkehren in das wüste Land, es wieder zu bebauen.

Aber Deutschland — das ist doch etwas anderes? Ja und nein. Menschenwüste ist und wirds immer bleiben, wenn ihm nicht neue Kämpfer wachsen im „Elend“.

Im „Elend“, das ist im Ausland auch, und gerade dort, wo es noch leichter ist. Bleib Euch doch das Kostbarste: die Freiheit.

Ihr malt mir mein Los, als Bastard zu gelten, weil Rassenwahn zwei Völker scheidet, die sehr eng zusammengehören. Mir genügt, wenn ich Euch kein Bastard bin, noch irgend einem Verständigen.

Ihr malt mir den Krieg aus, den Greuelkrieg der Zukunft. Was fürchtet Ihr Euch? Wehe dem menschlichen Geschlecht, wenn seine Besten die Furcht fällt.

Noch kenne ich nicht meinen Körper. Er wird vielleicht nicht gefeit sein gegen Giftgase. Und doch ist mirs, als wäre er gefeit. Als würden einem neuen Geschlecht auch neue Heilkräfte mitgegeben. Innere und äußere — ja innere und äußere gegen die Teufelei, die Hitlerei.

Mit mir wartet eine neue Jugend, diese jetzt droben lebende, schon in der Wiege verkaufte, verfrontete, abzulösen und zu erlösen.

Mit mir warten Tausende, Millionen, die Schmach des Krieges und die Tyrannei des Kapitals abzuwehren von der Menschheit.

Sie werden nicht mit Zinnsoldaten spielen, sondern sie in den Keckrichtkasten werfen. Sie werden höchstens mit Schmerzen der Gefallenen dabei denken, aller Völker, Klassen, Rassen.

Sie werden nicht Hände genug haben, die verwüstete Erde neu aufzubauen.

Das Maschinenelend aber soll ganz aufhören, darin der Mensch selbst zur Maschine ward. Man wird die Macht des Verstandes nicht fürder vor allem an tote Werke wenden. Menschen recht zu bilden, ihrem Schöpfer zu, wird die große Aufgabe sein.

Aber Ihr glaubt ihm nicht, den wir spüren, und deshalb seid Ihr mutlos.

Ich mag nicht aufwachen in bequemer Zeit. Ich will kämpfen, daß andere Zeit werde. Ob sie bequemer werden wird, weiß ich nicht, aber anders soll sie sein, menschlicher.

Ihr wollt mich nennen nach einem geistigen Helfer der Unterdrückten, der Fronarbeiter. Nehmt Euch erst ein Beispiel an ihm. Es war viel Schöpferkraft in ihm und also auch viel Mut.

Der überwand alles Träge und ließ ihn glauben, auf seine Art.

Ich sage nicht, daß jemand blindlings uns heraufrufen soll. Wers aber tut, in uns die Sehnsucht weckte nach Dasein, der verbaue uns nicht wieder den Weg. Ihr wißt nicht, was für Leiden damit verknüpft sind.

Wißt nicht, daß Ihr Euch jung und stark erhaltet in Euren Kindern.

Ich soll das Elend nicht sehen, nur davon hören. Vielleicht werde ich Euch nun niemals sehen — sondern entstehen, irgendwo anders.

Denn zu Verbannten will ich, gerade dahin. Und mit mir möchten viele, viele, Euch Söhne und Töchter sein. Euch und sich einst zu schaffen ein neues Vaterland.

Leb wohl, mein Vater. Meine Mutter, leb wohl. Vielleicht, daß ich doch noch zu Euch komme, kommen darf. Und mit Euch heimkehren

Euer Sohn
Exul.

Gewalt und Geist

Wer mit Gewalt den Mund des Gegners schließt,
Bescheinigt nur die Dürftigkeit der Meinung.
Die auf dem Oedland seines Geistes sprießt,
Und seine Angst vor Abfuhr und Verneinung.

Wer vor dem Denken seines Volkes zittert,
Des Sache steht fürwahr entsetzlich schlecht
Und würde, wär die Wahrheit nicht vergittert,
Zerschmettert werden wie sein Gangster-Recht.

Konkreter Fall: Im Maulkorbparadiese
Des „dritten Reichs“ gibt sich die Dummheit nackt
Und flüchtet vor der kleinsten Geistesbrise
In Folterkeller, wo sie Knochen knackt.

Horatio.

Bronislaw Huberman

Ein Geiger von Können und Charakter

Aus Straßburg wird uns geschrieben:

Bronislaw Huberman! Im großen Saal des Palais des Fêtes in Straßburg gab der berühmte polnische Geiger seinem Straßburger Freundeskreis ein Konzert, in dem er Schöpfungen der Komponisten Bach, Chopin, Mozart, Frank und Szymanowski meisterhaft, mit einer tiefen Einfühlungsgabe und einer vollendeten technischen Beherrschung seines königlichen Instruments interpretierte. Das Publikum bereitete dem Künstler nach jedem Vortrag begeisterte Ovationen und zwang ihn am Schluß, wie eine gläubige Gemeinde ums Podium versammelt, zu mehreren Zugaben.

Huberman ist ein Künstler von Weltruf, ein politisierender Künstler, ein Mann von Charakter und Grundsatzfestigkeit. Noch vor nicht allzu langer Zeit rief ihn der musizierende Staatsrat Furtwängler nach Berlin, damit er den Größen des „dritten Reiches“, die seine jüdische Herkunft in diesem Falle nicht gehindert hätte, seine große Kunst offenbare. Aber Bronislaw Huberman bewies mehr Charakter als Herr Jan Kiepura, sein Landsmann, der trotz seiner jüdischen Abstammung vor den Hitler, Göbbels und tutti quanti zugunsten der Berliner Winterhilfe ein Konzert gab. Er lehnte ab. Eindeutig und klar ließ er Herrn Staatsrat Furtwängler wissen, daß er den Boden des „neuen“ Deutschland nicht betreten könne, solange man in diesem Land die Angehörigen seiner Rasse unter Ausnahmezustand stelle und berühmte Wissenschaftler sowie Künstler ihrer jüdischen Abstammung wegen außer Landes weise. Ein politisierender Künstler, der trotz der Kriegswolken, die von Deutschland her Europa zu überlagern drohen, seinen Traum von Panuropa noch nicht aufgegeben hat, dem der große Briand sogar die Ehrenlegion für sein europäisches Denken lieh. Weil er Deutschland liebt, das Land, in dem er in vielen Konzerten seine große Kunst Menschen schenkte, deren Ideale von Hitler in den Staub gezerzt wurden, haßt er jene, die heute in gleißenden Uniformen das Ansehen des deutschen Volkes in der Welt vernichten. Ein Künstler, der wie selten einer seinesgleichen begriffen hat, daß wahre Kunst keine Ländergrenzen, keine Rassenunterschiede und keinen bornierten Nationalismus kennt. Die Kompromißlosigkeit dieses der Kunst lebenden Mannes ist bewundernswert. So geht man aus seinen Konzerten mit dem erhabenen Gefühl, einen großen Künstler und einen noch größeren Menschen kennen gelernt zu haben.

Wieder einmal „Uca Linda“

In der „Literarischen Welt“ hat eine neue Debatte begonnen um die Echtheit von „Uca Linda“. Es paßt den Deutschen nun einmal zu gut, daß dieses Buch echt ist. Ueber die wissenschaftlichen Tatsachen schweigt man sich mit bewunderungswürdiger Unwissenschaftlichkeit hinweg. Man will sich den schönen Verwandtschaftstraum mit dem Weltgeist („Wald“) nicht nehmen lassen. In diesem Sinne dient das Buch dem neuen Deutschland. Darum ist es echt und damit basta. „Het Vaderland“ (den Haag) schreibt hierzu u. a.

„Die Möglichkeit, die (für Nicht-Deutsche) ziemlich dicht bei der Sicherheit liegt, daß der Philologe Eelco Verwijs das ganze Uca-Linda-Buch aus seinem sarkastischen Daumen gesogen hat, ist in Deutschland schon lange in den Hintergrund gedrängt und spukt anscheinend allein noch in den Köpfen der Ausländer herum. Es ist jedoch die Frage, ob man auf solche Hirngespinnste heute noch Rücksicht nehmen mag. Wenn es sich doch so deutlich zeigt, daß ein Bindeglied da ist, kann man doch über so ein bißchen Unedelmütigkeit hinwegsehen. Wir treten in ein Zeitalter ein, in dem man die Wissenschaft als Spielverderber betrachtet und die Wunschträume zu wissenschaftlicher Wahrheit erhebt.“

Zeit-Notizen

Hirschfelds neues Institut

Der berühmte Sexualwissenschaftler, Dr. Magnus Hirschfeld, dessen Berliner Institut vor Jahresfrist von SA-Vandalen zerstört wurde, hat in Paris erneut ein Institut der Sexualwissenschaft gegründet. In dem Pariser Institut befindet sich ein Teil des Archivs und der Bibliothek des früheren Berliner Instituts, der durch besondere Umstände gerettet und nach Paris überführt werden konnte.

Gleichzeitig ist das Zentralbüro der von Professor Havelock Ellis, August Forel und Magnus Hirschfeld gegründeten Weltliga für Sexualreform von Berlin nach Paris verlegt worden.

Stratosphären-Konferenz. Die in Petersburg zusammengetretene Stratosphärenkonferenz russischer Wissenschaftler hat die Einberufung einer Weltstratosphärenkonferenz beschlossen, die im Jahre 1936 in Rußland abgehalten werden soll. Der Termin der Konferenz, von der schon seit einiger Zeit die Rede ist, soll auf die Zeit der totalen Sonnenfinsternis von 1936 gelegt werden, da man mit der Tagung den Aufstieg von Stratosphärenballons verbinden will, von dessen Ergebnissen man sich eine wertvolle Erweiterung unserer Kenntnis von den solaren Vorgängen verspricht.

Arturo Labriolas Entwicklung

Kurs höherer Kultur in Locarno

Wie schon seit Jahren fanden auch diesmal in der Osterwoche die von der „Fraternella“, einer Schöpfung des Tessiners Bettellini, ins Leben gerufenen Kurse höherer Kultur in Locarno statt.

Unter den zahlreichen Vorlesungen, hauptsächlich volkswirtschaftlichen und soziologischen Inhalts und zwei literarisch-Beiträgen, einem Referate Thomas Manns über „Leiden und Größe Richard Wagners“ und Hans Reigers über „Walt Whitmann, der Sänger der Kameradschaft“ ragte — neben einer Skizze Stephan Bauers, des ehemaligen Vorsitzenden des Internationalen Arbeitsamtes und Professors an der Universität Basel über „L'aboutissement de la crise économique mondiale“ — durch eine neuartige große Sicht ein fünfständiger Vortrag Arturo Labriolas, des früheren italienischen Ministers und Professors an der Universität Neapel hervor, der, wie er im Eingang seines Vortragszyklus betonte, Italien seiner anti-faschistischen Gesinnung wegen verlassen mußte.

Labriola geht von der Analyse des Kapitalismus, der vorherrschenden Gesellschaftsform unserer Epoche aus, als deren wesentlichen Motor er den Geist der Technik, der persönlichen Initiative bezeichnet, die ihn angriffe, lustig zum Zerstörer aller vor ihm und neben ihm bestehenden Kulturen und Zivilisationen gemacht hat. Er erinnert an die Kulturen der Inka in Mexiko sowie verschiedener Negerstämme, die die egoistische Menschheit des europäischen Westens in ihrer Sucht nach Gold und Profit mit Waffengewalt vernichtete. Die Angriffsflut des Kapitalismus erlahmt aber bereits. Die Begrenzung der Kapitale in den Händen einiger weniger Besitzenden hemmt den technischen Fortschritt. Erstarrt, ruft der Kapitalismus die Hilfe des Staates an, sich seiner Kontrolle unterwerfend. Die Bürokratisierung der Wirtschaft, — ins Politische überseht — der Cäsarismus, prägt unsere Gegenwart. „In der das Schwert als Symbol der organisierten Gewalt die Gesellschaft beherrscht“. Der Cäsarismus bedeutete den Tod der Antike. In der Form des Faschismus und des Nationalsozialismus ist er auch die letzte Existenzform unserer westlichen Kultur, letzte dekadente Form ihrer Organisation.

Labriola wirft die Frage der Zukunft der menschlichen Gesellschaft auf. Wird der „marxistische“ Sozialismus den Platz des Kapitalismus einnehmen, die Gesellschaft neu formen? und verneint resignierend. Die Kulturen erscheinen

ihm als Organismen, in denen alles solidarisch ist. Stirbt eins ihrer Elemente dahin, so müssen auch die anderen erlöschen. Sozialismus und Kapitalismus sind nach Ansicht Labriolas miteinander geworden. Der Kapitalismus als die Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der toten Produktion, der Sozialismus als die Wirtschaft unter dem Gesichtspunkt der lebendigen Kräfte. „Wenn der Kapitalismus untergeht, so muß auch der Sozialismus untergehen.“ Feindliche Brüder, aus dem gleichen Lager geboren, ist ihnen ein gemeinsames Schicksal beschieden.

Es gibt also keine Zukunft der westlichen Menschheit. Der Untergang des Abendlandes droht. Und ziemlich gleichgültig ist es, ob es Vico, der neapolitanische Philosoph des 17. Jahrhunderts war, der zuerst aus der bisherigen Geschichte auf diesen Untergang schloß oder Spengler, der nach Labriolas Meinung wenig originell Vicos Thesen übernommen hat.

Labriola, einst Hegel-Schüler, hat seinen Meister gründlich zu verlernen gelernt. Keine Spur mehr von Hegelscher Dialektik. Keine Spur mehr von Marx, der diese Dialektik materialistisch unterbaute. Keine Spur mehr von jener Erkenntnis immerwährenden Werdens, des Geschehens, das die Geschichte formt, des Ringens zwischen These und Antithese zur Synthese, die als neues Sein, als neue Ordnung solange besteht, bis auch sie erstarrt und immer wieder neue Formen der menschlichen Gesellschaft hervorruft. Weiß Labriola wirklich nichts mehr von den Sklavenkämpfen unter Spartakus, von den Bauernaufständen, von den immer wieder auch unter faschistischen Diktaturen aufflammenden Erhebungen der unterdrückten, entpersönlichten Menschheit im Kampf um ihre Emanzipation? Eine große historische Kette, die nicht abbricht, die Antike, Mittelalter und Jetztzeit verbindet und im Kampf der modernen sozialistischen Bewegung — die sicher einen guten Teil ihrer Kampfmittel, sicher auch einige ihrer Organisationsformen dem Kapitalismus ins Grab legen kann — ihren — mit der Vergangenheit verglichen — gewaltigsten Höhepunkt erreicht.

Wir glauben an den Untergang des Kapitalismus, an die Notwendigkeit seines Unterganges und beeilen uns, seine Totengräber zu sein. Wir glauben aber zugleich — und die Erkenntnis der Bewegungsgesetze der menschlichen Geschichte bestärkt uns in diesem Glauben und Wollen — eine neue Welt zu künden, die wir nicht im Orient suchen, die wir Sozialismus nennen.

F. R.

Emigranten - Schicksale

Seit Wochen wird in einer bestimmten Presse gegen die Emigranten gehetzt. Es wird von „Emigrantenpad“ gesprochen, es wird mit schlechten Argumenten dagegen polemisiert, was humanitäre Kreise für diese Emigranten aufgebracht haben. Ja, es wird versucht, eine Pogromstimmung gegen die deutschen Flüchtlinge zu schaffen. Die deutsch-nationalen Kreise reden von „Halunken“, die aus irgendwelchen kriminellen Gründen fortgegangen sind, eine andere Presse glaubt, daß wirtschaftliche Gründe maßgebend waren. Keiner weiß von der Schwere des Schicksals, das diese Menschen zu tragen haben. Zwei Fälle seien hier ohne Sentimentalität geschildert; zwei Fälle von Tausenden, um der Öffentlichkeit zu zeigen, um welche Gruppe von Menschen es sich handelt, denen nach einem Wort von Außenminister Beneš man mit Stolz das Asylrecht in diesem Lande gegeben hat.

Ein Mann — nennen wir ihn Schulz — ist in einer größeren Provinzstadt beschäftigt. Er liebt seinen Beruf über alles. Seine politische Betätigung war gering. Er hat immer links gewählet, aber sich nie irgendwie aktiv politisch hervorgetan. Er stammt aus einer russisch gemischten Familie, der Vater Jude, die Mutter Christin. Er ist Protestant. Der Umsturz kommt, und in das gleichmäßige Leben dieses jungen Menschen tritt plötzlich Unruhe. Es wird ihm bedeutet, daß er seinen Beruf nur weiter ausüben können, wenn er in die SA. eintritt. Er sieht nur seinen Beruf, seine Existenz und entschließt sich, diesen nicht zu vermeidenden Schritt zu tun. Vier Wochen lang lebt er in einer Atmosphäre, von der er bald merkt, daß sie nicht die seine ist. Dieser Mensch, der mit dem Judentum bisher keinerlei Bindung hatte, beginnt jüdisch zu empfinden. Je stärker der Haß der verhassten SA.-Leute gegen die Juden ist, um so mehr fühlt er sich getroffen. Ein unerhörtes seelisches Ringen geht bei Schulz ein, nach vier Wochen bleibt er vom Dienst weg. Er studiert die Geschichte der Juden und weicht den SA.-Leuten ängstlich aus. Die Kommen und bringen ihm den Befehl ins Haus, er solle in den Dienst kommen. Statt dessen aber bereitet er sich auf seinen Uebertritt zum Judentum vor. Als letzterer vollzogen ist, er hat den Namen Chaim erhalten, beginnen neue Zweifel. Er erinnert sich, daß er, wenn man erfährt, daß er als Jude in der SA. war, wegen Volksverrats abgeurteilt werden wird — und er verläßt Deutschland. Er

mußte es verlassen, denn nicht nur schwere Strafe, sondern wahrscheinlich grauenvolle Qualen wären ihm zuteil geworden, weil er sich zurückgefunden hat. Kein Einzelfall!

Zwei Arbeiter sind nicht mit fliegenden Fahnen zu Hitler übergelaufen, sondern ihrer Gesinnung treu geblieben. Zwei Arbeiter haben sich nicht beim ersten Sturm der Hitlerbanditen verrochen. Sie haben weiter gekämpft, agitiert und ihre Ideen propagiert. Dann ist das Unabwendbare eingetreten. Ihre Kameraden wurden verhaftet. Wollten sie sich vor dem Konzentrationslager retten, so mußten sie fliehen. Aber die Emigration, die dem Flüchtling nur ein färgliches Leben gestattet, angewiesen auf das Essen und die Keller, die die Fürsorgekomitees leider nur hergeben können, war für sie nicht das Ende ihres politischen Heldentums. Jede Nachricht aus Deutschland verfolgte sie voll Interesse. Und als nun von der schändlichen Erschießung von vier politischen Gefangenen „auf der Flucht“ die Zeitungen berichteten, als der eine von der Verhaftung seiner Wittin erfuhr, wollte er seinem Protest dadurch Ausdruck geben, daß er in der Nähe der deutschen Vertretung seines Emigrationsortes auf eine Wand eine politische Parole schrieb. Die Konzeption mußte ihre Ausweisung aus dem Auslande sein. Die zwei Menschen wurden durch das gleiche Schicksal die besten Kameraden. Auf die Frage, die an den Stärkeren der beiden gerichtet war: „Was werden Sie tun, wenn er schlapp macht?“ erwiderte er: „Ich werde ihn tragen, wenn er nicht mehr laufen kann.“ Eine Fürsorgekomitee bemüht sich, ihnen das Visum nach Rußland zu verschaffen, um einen Zufluchtsort zu haben. Das Visum wurde nicht erteilt. Sie gingen auf die Wanderschaft. Wohin wird sie ihr Weg führen, wo werden diese beiden wertvollen Menschen eine neue Heimat finden? Ueber die Straßen Europas werden sie wandern. —

Zwei Fälle, zwei Emigrantenschicksale. Was lehren sie? Die Emigration ist keine Annehmlichkeit, und die Emigranten sind keine Helden, kein „Pad“, sondern in ihrer überwiegenden Mehrzahl tapfere, gesinnungstreue und um ihre Existenz schwer ringende Menschen. Darum ist nicht nur die materielle Unterstützung für sie eine Lebensnotwendigkeit, sondern gleichermassen ideelles Verständnis für die Schwere der Zeit, ja vielleicht die schwerste ihres Lebens.

Franz Kreisheimer.

Flitterwochen im Güterwagen Hochzeitsreise als blinde Passagiere

Bei einer plötzlichen Razzia nach „Hobos“, den blinden Passagieren der Güterzüge, stießen Detektive in einer Eisenbahnstation nahe Baltimore auf einen Güterwagen, der vollkommen wohnlich eingerichtet war, und in dem ein junges Ehepaar lebte. Es handelte sich selbstverständlich um blinde Passagiere, aber die Kriminalisten konnten sich eines Schmungels nicht erwehren, als sie die gemütliche kleine Kabine entdeckten. Noch nie in ihrem Leben hatten sie eine so zweckmäßig eingerichtete „Kleinwohnung“ gesehen. Der Mann hatte aus Kistenbrettern bequeme Möbel gezimmert und sogar einen Petroleumofen installiert. Die Frau dagegen hatte ihre kleine Küche blitzblank gescheuert und alle ihre Kochgeräte in bester Ordnung.

Ja, sie hatte sogar für die Verschönerung des Raumes gesorgt. Überall fanden sich Bündchen, Schleißen und Deckchen. Wirklich, ein ideales Heim für Hochzeitsreisende. Schade nur, daß es nicht bezahlt war und daß das Holz zu den Möbeln von fremden Verbandskisten genommen wurde. So ist eine Verurteilung nicht zu umgehen. Aber die Behörden haben Mitleid mit dem jungen Paar. Es handelt sich um Arbeitslose, die sich in einem Arbeitslager kennen lernten und schließlich heirateten.

Sie wohnen dann einige Zeit bei den Eltern der jungen Frau, aber der junge Mann konnte sich mit seiner Schwiegermutter nicht verstehen. So entschlossen sich die beiden, nach New York zu gehen, um dort ihr Glück zu versuchen. Aber das Geld zu der langen Reise konnten sie natürlich nicht aufbringen.

Sie mußten schon als „Hobos“ reisen. Die junge Frau fürchtete sich zwar vor der Reise, die im Güterwagen mehrere Wochen dauern würde, willigte aber schließlich ein, als ihr der Mann versprach, er werde ihr ein wohnliches Heim schon zu beschaffen wissen. Er hat sein Versprechen auch gehalten. Daß die Hochzeitsreise aber statt ins Glück ins Gefängnis ging, hatte er nicht erwartet. Nun, der Aufenthalt im Gefängnis wird nicht lange währen. Die Frage ist nur, ob die beiden Eheleute, nachdem sie aus dem Gefängnis entlassen sind, nicht wieder rückfällig werden müssen, da sie nirgends als bei ihren Eltern ihren Lebensunterhalt finden werden.

Der König verschenkt Elefanten

Der König von Siam, der mit seiner Gattin zur Zeit in Paris weilte, hat dem Präsidenten der Republik ein wahrhaft königliches Geschenk gemacht — er hat ihm zwei weiße Elefanten geschenkt. Herr Lebrun ist seitdem ein glücklicher Mann, viel mehr Aufsehen machte es aber, als der asiatische König nach einer Ferkvorstellung in der Comedie-Francaise dem Star des Abends, der berühmten Cecile Sorel, aus tiefer Dankbarkeit für den künstlerischen Genuß ebenfalls einen weißen Elefanten verehrte, ein echtes lebendiges Exemplar jener Tiere, die Siam in seinem Wappen führt und die in der Heimat des hohen Kaisers als heilig gelten. Sofort stürzten sich die Reporter auf die Sorel und wollten durchaus wissen, was sie mit diesem Geschenk machen werde. Ganz ist sie aber die glückliche Besizerin darüber noch nicht im klaren. Ihre Pariser Wohnung ist für dieses seltsame Haustier wohl etwas zu klein, trotzdem das Tier noch ganz reizend jung ist und ein paar Jährchen brauchen wird, um zu einem erwachsenen Elefanten zu gedeihen. Jedenfalls ist Cecile Sorel sicher, daß das Geschenk ihr Glück bringen wird, denn nicht jede Schauspielerin kann sich mit einem weißen Elefanten sehen lassen.

Der ehrlichste Mensch der Welt

Ganz Amerika feiert zur Zeit den „ehrlichsten Menschen der Welt“, dessen Identität zwar niemand kennt, der aber von allen Mitmenschen ob seiner Ehrlichkeit bewundert wird. Dieser ehrlichste Mann ist ein Automobilist, der sich, ohne einen Klager zu finden, selbst verurteilt hat. Die Polizei von New Jersey erhielt ein Schreiben dieses seltsamen Menschen: „Ich habe gestern in später Stunde den Hudson Boulevard gefahren, trotzdem die Signale rotes Licht, also „Stop“ anzeigten. Ich hatte es sehr eilig und habe daher nicht gebremst. Aber ich kann nicht die Gewissensbisse los werden, mich gegen das Gesetz vergangen zu haben und schicke daher anliegend den Scheck über die Summe, die ich hätte bezahlen müssen, wenn mich ein Polizist angehalten hätte.“ Die Behörden von New Jersey fürchten, daß dieser ehrlichste Mensch nicht viel Nachahmer finden wird.



Das „fliegende Fahrrad“ wird Wirklichkeit

Der Konstrukteur mit seinem Muskelkraft-Flugzeug.

Ein deutscher Polizist namens Lindemann hat ein liegendes Fahrrad für jedermann konstruiert. Das Muskelkraft-Flugzeug — wie es der Erfinder nennt — hat sich bei den Proben bereits sehr gut bewährt. Es wird durch ein Fahrrad in Bewegung gesetzt, mit dem durch eine sinnreiche Konstruktion dreieckige Schwingtragflächen in Verbindung stehen, die beim Treten der Pedale in Schwingungen gesetzt werden. Die Maschine wiegt nur 85 Kilogramm und hat eine Spannweite von 8 Meter.

Mann an der Wohnungstür

Von Georg Wilman

Es klingelt. Das war das sechste Mal an diesem Vormittag. Etwas verärgert über diese dauernden Störungen ging ich hin und öffnete. Draußen stand ein Mensch, vielleicht 29 Jahre mochte er sein. Er war mit einer gewissen Sorgfalt angezogen, aber der Mantel war trotz aller Pflege derselbe alte Mantel geblieben. In der Hand hatte der Mensch einen Koffer, einen kleinen Stadtkoffer, wie man ihn jeden Tag zehnmals an der Türe zu sehen bekommt und von dem man im voraus weiß, was er enthält.

„Braucht der Herr ein Stück Seife?“ fragte der Mann und öffnete den Koffer. Ich sah, daß es ihn Mühe kostete, ruhig und höflich zu fragen und ich bemerkte, daß er ein barbares „Nein!“ erwartete und ein Zuschlagen der Türe.

Ich will mich nicht meines Mitleides rühmen, ich kaufte dem Mann wirklich nur deshalb ein Stück Seife ab, weil ich es ohnehin brauchte. Ich zog die Geldtasche, um ihm die fünfundsiebzig Pfennig zu geben, die er forderte. Als er mir die offene Hand hinhielt, sah ich, daß die Hand, daß der ganze Mensch zitterte.

„Was ist nur mit mir?“ fragte er entschuldigend. Er sagte es nicht so, wie er es hätte sagen wollen. Seine Stimme vibrierte und klang gebrochen. Ich sah ihn an. In seinen Augen standen Tränen.

In meinem Zimmer, er hatte den Mantel abgelegt und ein zerchliffener Anzug war darunter zum Vorschein gekommen, rauchte er eine Zigarette. Er war frohig und lähl. Er hatte nicht erwartet, daß man ihn in irgendeiner Wohnung ins Zimmer holen und ihm Zigaretten anbieten würde. Er hatte verlernt, als Mensch behandelt zu werden. Sein Mißtrauen war gut zu verstehen. Ich erzählte ihm, daß ich sein Schicksal aus eigener Erfahrung kannte, erzählte ihm, daß auch ich schon Wochen und Monate hindurch treppauf und treppab gelaufen war und mich an zugeworfene Türen hatte gewöhnen müssen.

Langsam taute er auf. Ich erfuhr, daß er studiert hatte, daß er zwei Jahre eine leitende Ingenieurstellung gehabt hatte, daß er dann auf die Straße flog und es ihm erging wie Millionen. Daheim saßen eine junge, nein, schon alte Frau und ein dreijähriges Kind. Die Unterstützung betrug etwas über 14 Mark in der Woche, Miete 25 Mark im Monat. Essen für drei Menschen 70 Mark im Monat. Für Kohle und Kleidung für alles Uebrige: 6 Mark im Monat.

„Heute morgen“, erzählte der Ingenieur, „bin ich bis jetzt an vierundachtzig Türen gewesen. An dreiundachtzig Türen wurde ich abgewiesen. Manchmal hörte ich „Selbst erwirblos“, manchmal hörte ich „Sie sind schon der Zehnte heute!“, manchmal hörte ich gar nichts und die Türe wurde wütend zugeknallt. Man gewöhnt sich daran. Man gewöhnt sich an vieles. Aber daß nach dreiundachtzig vergeblichen Versuchen der vierundachtzigste glückt, das überrascht. Ich erzähle Ihnen

das nicht, um Ihr Mitleid zu erregen. Sie haben mir ja schon etwas abgekauft und das sicher auch nur, weil Sie es brauchen können. Aber glauben Sie mir — nein, ich will nicht sentimental werden. Wenn man nicht die Zähne zusammenbeißt, freipeiert man.“

Er ging. Ging weiter, um die Türen aufzuschlagen zu lassen, um vielleicht noch hier und da ein Stückchen Seife verkaufen zu können. An einem Stück verdient er sieben Pfennig. Wenn er abends müde nach Hause kommt, hat er vielleicht 70 Pfennig verdient, wahrscheinlich weniger.

Ich dachte daran, daß es nicht ihm allein so geht, sondern Millionen.

Geburtstagsfeiern verboten

Die Regierung Nordchinas hat beschlossen, das Feiern der Geburtstage von Personen unter sechzig Jahren zu verbieten. Der Grund für diese und seltsam erscheinende Maßnahme ist die chinesische Sitte, Geburtstage mit großem Prunk, der meist über die Verhältnisse des einzelnen geht, zu feiern. Ein so armes Volk darf nicht für Luxus Schulden machen, ist die Meinung der Regierung. Erst der Sechzigjährige hat es verdient, sich feiern zu lassen, und so wird es in Zukunft vorkommen, daß ein Großvater in diesem biblischen Alter seinen ersten Geburtstag feiert; doch was werden die Frauen sagen, wenn es keine Geburtstagsgeschenke mehr gibt...

Japan im Angriff

Vor einem Einfall in China?

10. April 1934.

Japans Minister planen aller Wahrscheinlichkeit nach erneute Einfälle in China. Das beweist untenstehende brohende Erklärung des japanischen Außenministers, die wohl nur zur Verdeckung und Verhinderung der Pläne Japans fabriziert wurde.

In einer vom japanischen Außenministerium ausgegebenen Erklärung wird zu berichten über einen Plan internationaler Beihilfe für China Stellung genommen. Die Erklärung lautet:

Japan glaubt, daß es die natürliche Verantwortung für die Aufrechterhaltung des Friedens im Fernen Osten hat. Angesichts der Tatsache, daß die Wiederherstellung der Ordnung in China von China selbst abhängt, wird Japan sich jeder Handlung der chinesischen Regierung widersetzen, die dem Frieden im Fernen Osten zuwider ist. (??) Nach wird Japan sich genötigt sehen, gegen alle Maßnahmen anderer Mächte Einspruch zu erheben, die geeignet wären, den Frieden im Fernen Osten zu fördern, wie z. B. die Verfolgung Chinas mit Militärflügen, militärischen Anstrengungen und die Gewährung von Darlehen für nichtwirtschaftliche Zwecke. Der Wortführer des japanischen Außenministeriums hat betont, diese Erklärung mache deutlich, was unter der „Politik des Friedens und der Harmonie“ zu verstehen sei, die der Außenminister Hirota verkündet habe. Japan werde

keine Vertragsverpflichtungen in diesem Zusammenhang nicht verletzen, denn der in der Erklärung verkündete Grundsatze werde in einer solchen Weise zur Anwendung gebracht werden, daß er den bestehenden Verträgen nicht widerspreche.

Tokio, 18. April. Die japanische Presse meldet, daß der Besuch des amerikanischen Gesandten, der im Juni in Yokohama stattfinden sollte, von den amerikanischen Behörden aus technischen Gründen abgelehnt worden sei.

Schanghai, 18. April. Die chinesische Regierung hat beschloßen, den Mitgliedern der mandchurischen kaiserlichen Dynastie vorzuschlagen, China zu verlassen, falls sie sich zu dem mandchurischen Kaiser Punit bekennen; außerdem hat die chinesische Regierung die Pensionen für die Mitglieder der Dynastie abgelehnt.

„Offene Kriegsdrohung“

Die Erklärung des japanischen Außenministers über die Ziele der japanischen Politik hat in Moskau große Erregung verursacht. — Nach einer Meldung aus Kanton erblickt man in dortigen politischen Kreisen in der japanischen Erklärung eine Kriegsdrohung.

Gefährliche Außenpolitik der polnischen Diktatur

Von Hermann Liebermann

Die polnische Regierung hat in der letzten Zeit ein ungemein geräuschvolles Kesseltreiben gegen die Tschechoslowakei in Szene gesetzt. Man kann mit Recht sagen: zum Erschrecken und Entsetzen der ganzen sehr friedfertig gesinnten Bevölkerung. Die ursprünglichen Grenzdisparitäten, die unmittelbar nach Kriegsende zwischen beiden Völkern entstanden, sind schon längst vergessen und der nachbarliche Verkehr wickelte sich ununterbrochen in den freundlichsten Formen ab. Auf einmal wurde der polnischen Regierungspresse in bezug auf die Tschechoslowakei das bekannte Verfolgungs-Kommando ausgegeben: Macht ein wildes Geschrei! Und so wird seit Wochen gegen die Tschechen gedonnert, als Unterdrücker der polnischen Minorität, als grausame Verfolger der polnischen Kinder, denen der Unterricht in ihrer Muttersprache verweigert wird und dergleichen. Dabei ist zu bemerken, daß in der Tschechoslowakei mehr als die Hälfte der polnischen Kinder polnischen Unterricht erhalten, während in Deutschland sich bloß 5 Prozent dieser Wohlstandskinder. Eine unter der Leitung des Senatspräsidenten Raczkiewicz stehende Vereinigung, die dem Schutze der polnischen Minoritäten ihre Tätigkeit widmet, bezeichnet in einer jüngst erschienenen Veröffentlichung die Tschechoslowakei als Land, wo die polnischen Schulkinder in nationaler Beziehung am günstigsten behandelt werden.

Um eine halbwegs logische Erklärung für diese ganz ungeheuerliche Heße zu finden, greift man in Polen unwillkürlich auf den am 26. Januar d. J. geschlossenen polnisch-deutschen Freundschaftspakt zurück. Bekanntlich enthält dieser Pakt hauptsächlich dieselben, keiner wie immer gearteten Sanktionen unterliegenden Friedensphrasen, die in den Locarno-Vertrag und den Briand-Kellogg-Pakt aufgenommen wurden. Hinter den üblichen diplomatischen Friedensbeteuerungen aber vermutet man in Polen ganz konkrete geheime Abmachungen, die dem deutschen, respektive polnischen Diktator ein weitgehendes *laissez-faire* hinsichtlich Oesterreichs, Litauens und der Tschechoslowakei einräumen. Nicht zu vergessen ist, daß im Zusammenhang mit dem Pakt ein beiderseitiges

Presse- und Propagandaabkommen getroffen wurde und daß beide vertragsschließenden Regierungen in einem offiziellen Kommentar mit Stolz darauf hinwiesen, daß ihr „autoritäres Regime“ genug Kraft werde ausbringen können, um jede ihnen schädliche Propaganda zu unterdrücken. Das Hauptorgan der polnischen Regierung versicherte überdies mit der den Faschisten eigenen Anmaßung, daß die polnisch-deutschen Beziehungen der Kompetenz „verschiedener bestehender oder in Zukunft etwa zu schaffender internationaler Organisationen“ entrissen würden und daß beide Staaten ein eigenes „Stabilisierungs- und Sicherheitssystem“ aufgerichtet haben. Somit eine gar nicht versteckte, sondern ganz offene Absage Polens an den Völkerbund!

Es ist nun die Frage zu beantworten, welches die Beweggründe sein mochten, die den polnischen Diktator veranlaßten, dem nach dem Verlassen des Völkerbundes vollends isolierten Hitler-Deutschland sich als treuer Verbündeter anzuschließen und so die gemeinsame gegen Deutschlands Aufrüstung gerichtete europäische Front zu durchbrechen. Von vorneherein ausgeschlossen ist es, daß Pilsudski den Freundschafts- und Friedensbeteuerungen Hitlers irgendwelchen Glauben beimißt: so naiv ist er nicht. Um die Aufrichtigkeit dieser plötzlich aufkommenden Freundschaft zu bekräftigen, hätte es genügt, einen Punkt über die Unverletzlichkeit der polnisch-deutschen Staatsgrenze in den Pakt aufzunehmen. Das hat aber Hitler nicht getan und der polnische Diktator hat es wohlweislich nicht einmal verlangt, weil er sich einem sicheren Mißerfolge nicht aussetzen wollte.

Obige Frage wird am besten durch folgende Begebenheit beantwortet, deren Wahrheit mir aus guter Quelle verbürgt ist. Während des polnisch-russischen Krieges vom Jahre 1919-20 erhielt einer der damaligen Außenminister ein sowjetrussisches für Polen sehr günstiges Friedensangebot. Hocherfreut darüber meldete er sich bei Pilsudski, der damals Staatschef war. „Nicht zu machen,“ — erwiderte dieser auf den Vortrag des Ministers —

„Der Krieg geht weiter. Den Frieden werde ich in Moskau diktiert.“ „Aber, Herr Marschall, die Einnahme von Moskau war immer ein Unglück für den Sieger, sie endet mit einem Brand.“ Der Feldherr Jolhowski, der unter König Sigismund (im 17. Jahrhundert) Moskau einnahm, mußte vor dem Brande weichen. Ebenso der erste Napoleon.“ — „Weil sie beide nicht das Genie hatten, das mir eigen ist!“ war die Antwort Pilsudskis.

Der Mann leidet an Größenwahn. Es kränkte ihn schon lange, daß er nicht, wie einstens Napoleon, der Mittelpunkt der Weltpolitik ist. Er hält sich kraft seines „Genies“ dazu berufen, die europäische Landkarte nach seinem eigenen Willen zu korrigieren und umzubilden. So ergriff er die Gelegenheit, um sich mit einem Manne zu verbinden, der über die blutenden Grenzen des deutschen Volkes Klage führt und ebenso wie er seinen sehnsüchtigen Blick nach dem Osten richtet. Er beherrscht wie ein absoluter Monarch einen Staat von 23 Millionen Einwohnern, sein Wunsch ist Befehl; die verheerende Wirkung der Geistesverfassung dieses Mannes ist also nicht zu unterschätzen, denn sie ist entscheidend für so manchen Ausschlag, so manche sprunghafte Wendung der polnischen Außenpolitik. Der um sich wild herumwirbelnde Rassenfanatiker Hitler, vor dem die Welt als vor der steten Kriegsgefahr zurückschreckt, ist seiner krankhaften Laune viel sympathischer, als das friedfertige, demokratische Frankreich. Das unliebsame Aufsehen, das der deutsch-polnische Pakt bei den westlichen Mächten erregte, macht ihm Freude. Ebenso die Unruhe, in die er die Staatskanzleien und die Presse des Westens versetzte, denn abgesehen von seiner krankhaften Manie gehört Pilsudski mit seiner ganzen Seele und Mentalität dem Osten an, für den Westen hat er immer nur tiefe Verachtung empfunden.

Allein der Diktator steht mit seinem Hitlerpakt ganz vereinsamt in polnischen Volke da. Trotz aller in Deutschland auf Hitlers Kommando aufgespielten Polenbegünstigung glaubt kein vernünftiger Mensch in Polen an die Aufrichtigkeit und Dauerhaftigkeit dieser Faschisten-verbündener, man hält sie vielmehr allgemein für eine ausgesprochene Komödie und für ein schädliches diplomatisches Manöver. So freudig und zustimmend der Nichtangriffspakt mit Sowjetrußland von allen Völkern begrüßt wurde, so allgemein ist die, allerdings durch die Zensur verhüllte und unterdrückte Mißbilligung des abenteuerlichen Bündnisses mit Hitler-Deutschland. Es ist für jedermann klar, daß durch diesen Freundschaftspakt die Sicherheit der Westgrenze Polens nicht um ein Quentchen verstärkt, daß im Gegenteil die internationale Stellung Polens dadurch außerst geschwächt wurde. Die enorme, unseugbar festgestellte Wiederaufrüstung Deutschlands, wozu Pilsudski Ja und Amen sagt, ferner die drohende Annexion Oesterreichs, wozu der deutsche Diktator im geheimen die wohlwollende Neutralität Polens erhalten hat, müssen sich ja schließlich gegen die Sicherheit Polens wenden. Wird das aufgerüstete und durch den Anschluß Oesterreichs vergrößerte Deutschland die am meisten „blutende Orange“ vergessen können? Darüber täuscht man sich in Polen keineswegs und man betrachtet den so oft genannten Pakt nicht als den Bilanzpunkt der polnischen Außenpolitik, sondern vielmehr als großen Erfolg Hitlers. Mit großem Nachdruck wird in der unabhängigen Presse daran erinnert, daß im Jahre 1792 der preussische König mit Polen ein politisches und militärisches Bündnis abschloß, was ihn zwei Jahre später nicht hinderte, als Urheber der endgültigen Zerstörung der staatlichen Selbständigkeit Polens aufzutreten. Und weil die hitlerfreundliche Politik Pilsudskis nicht im Gefühl und Gewissen der ungeheuren Volksmasse verankert ist, weil sich, obzwar im Stillen, Gefühl und Gewissen dagegen heftig aufbäumen, wird dieses von deutschen und polnischen Faschisten als Meisterwerk der diktatorischen Staatskunst gepriesene diplomatische Intriguenspiel, das sich deutsch-polnischer Freundschaftspakt nennt, alsbald im Nichts zerfließen und in der Vergessenheit versinken, wie das seinerzeit in alle Welt hinausposaunte „geniale“ Meisterwerk Mussolinis — der Viererpakt.

Ein seltsamer Brief zu Hitlers Geburtstag am 20. April

Unsere Redaktion hat diesen Brief tatsächlich mit dem Poststempel „Wolkenkuckucksheim“ erhalten. Wo das liegt, wissen wir nicht, und würden den Brief für einen verspäteten Aprilscherz halten, wenn der darin geschilderte Vorgang im englischen Unterhaus nicht in den offiziellen „Parliamentary Debates“ (Vol. 285 Nr. 30) vom 6. Februar 1934 wörtlich nachzulesen wäre.

Wolkenkuckucksheim, Frühling 1934.

Liebe „Deutsche Freiheit“!

Da man hier oben in den Wäldern alle Zeitungen schneller übersehen kann als es Euch Erdenwürmern möglich ist, wundere ich mich jeden Tag von neuem darüber, daß in ihnen so gut wie nichts über das kommende „freundliche Ereignis“ zu lesen ist, dem die große Dame Germania entgegensteht. Sie werden denn ruhig fragen: Schon wieder? Denn Sie haben zu viele „freundliche“ Ereignisse erlebt. Vielleicht werden Sie vermuten, ich meine Hitlers Geburtstag am 20. April oder den 1. Mai, Tag der Schmach vom vorigen Jahr. Nein, ich meine nichts Heiterliches oder Ruhmwürdiges, sondern etwas sehr Robustes, nämlich die Meldung von der Niederfunkt der Dame Germania mit einer Luftflotte, die der französischen Luftflotte erster Linie gewachsen ist.

Woher ich das weiß? Am 8. Februar stand nämlich auf der Tagesordnung des englischen Unterhauses wieder einmal die „Merkung“. Auch diese Debatte bestand, wie ihr Vorgängerinnen, in Stohlfasern der Minister und geschwollenen Reden der Volksvertreter. Da erhob sich der Arbeitervertreter A. Goss und sagte dürr: „Es wird in den offiziellen Notizen immer davon gesprochen, Deutschland könne in zwei Jahren eine angemessene Luftflotte haben, aber Deutschland wartet nicht zwei Jahre, es hat sie bereits.“ Der Redner schloß dann nach einem in seinen Händen befindlichen Dokument die Zusammenfassung dieser Luftflotte auf, wie sie am 1. Mai 1934 fertiggestellt haben soll. Die „aktionsbereite“, also zum Krieg bereitete deutsche Luftflotte würde danach zusammengefaßt sein aus:

1. 500 bis 600 Verkehrsflugzeuge, welche in kurzer Zeit in Kriegsluftflotte umgewandelt werden können.
2. 500 bis 600 Kampfflugzeuge der verschiedenen Typen, der Zivilluft und der SS.
3. 500 bis 600 Aufklärungsflugzeuge in Fabriken.

4. 800 eigentlichen Militärflugzeugen aus „Tochtergesellschaften“ deutscher Fabriken im Ausland.

5. 400 bis 500 Kriegsluftflugzeuge jeder Art, heimlich erbaut in deutschen Fabriken.

Damit wäre also die deutsche Kriegsluftflotte mit 1750 bis 2100 modernen Flugzeugen nicht erst geplant, sondern nahezu fertig, und sie wird fertig mit jedem Tag. Weiter haben für sie bereit 5000 bis 6000 Motoren, alle sofort bereit am 1. Mai 1934.“

Der Abgeordnete schloß trocken: „Mit anderen Worten, Deutschland würde innerhalb eines Jahres ungefähr dieselbe Luftflotte erbauen können, wie sie z. B. Frankreich besitzt.“

Die Signalfierung einer neuen, nahezu fertigen großen Kriegsluftflotte in Europa neben der der übrigen Großmächte müßte als märchenhafte Sensation wirken, aber so gut wie nichts war davon zu merken. Die englischen Zeitungen brachten ganz verlässliche Berichte. Von deutscher Seite blieb das Dementi aus. Nur die französische Presse reate sich auf, aber das fiel nicht weiter auf.

Um so mehr Notiz nahm die Weltpresse von einem Interview des deutschen Luftfahrtministers Göring in der „Daily Mail“ vom 20. Februar. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß er heute schon der Gebieter einer großen Kriegsluftflotte sei, entgegnete der deutsche Luftgeneral: „A wo, wir haben dreihundert Verkehrsflugzeuge, aber ich muß für Deutschlands Sicherheit über eine Leichtenluftflotte von 30 bis 40 Prozent der Flotten der angrenzenden Länder Frankreich, Polen, Belgien und Tschechoslowakei verfügen. Das wird eine Luftflotte wie keine in der Welt, sage ich Ihnen.“

Ich will Sie nun nicht durch ein Gebrüll von Zahlen jagen. Aber lassen Sie sich hindurchfinden, würden Sie zu Ihrer Überraschung feststellen, daß die von dem gewiß sehr maßgebenden Herrn Göring genannten 30 bis 40 Prozent sich unheimlich genau decken mit der von dem Abgeordneten Goss als bereits nahezu fertig bestehend bezeichneten Zahl von Kriegsluftflugzeugen.

Dann kam die Unterhausdebatte vom 8. März, die der „Oberster“ als die wichtigste seit Kriegsende bezeichnete. Man bemerkte die Erhöhung der Temperatur des Rüstungsfebers seit dem verflohenen Monat. Mr. Winston Churchill hielt eine Rede, die ein einziger Schrei der Verorranis war, daß diesem „schrecklichen Deutschland“ der Weg in das Herz Englands offen hände. Noch ist Zeit zu geeigneten Maßnahmen aber mir verlangen auch solche Maßnahmen.“

Dieser Schrei ist zu mir in meine lustige Welt gedrungen in der ich außerdem in jedem Tag die deutschen Riesenluftflottenherumwirren höre, die für den nach Meinung fast aller Deutschen sicher zu erwartenden Fall eines feindlichen Ueber-

falls auf Deutschland auch mit Vorrichtungen versehen sind, die das Gift fürchterlicher Todesarten über die Grenzen Deutschlands herabregnen lassen sollen.

Ich wundere mich immer mehr darüber, daß die Europäer noch immer so tun, als ob die Dame Germania nicht der baldigen Niederfunkt mit dieser Flotte entgegenstehe. Warum werden sie nicht von einem Schreckensfieber ergriffen wie bei der Ankündigung eines neuen Kometen? Sie trösten sich vorläufig damit, daß noch keine — Kriegserklärung vorläge! Sie denken gar nicht daran, was ihnen jeder simple Generalstabsobermann auseinandersetzen könnte, daß für den Einschlag der Luftflotte nicht einmal eine vorher bemerkbare Mobilmachung, geschweige denn eine Kriegserklärung nötig ist.

Das bedeutet also, daß sich jeder Inhaber einer Kriegsluftflotte abends um 8 Uhr entschließen kann, seinen Hunderten von Kampfluftzeugen erster Linie den Befehl zu geben, um 12 Uhr nachts nach festgelegtem Verteilungsplan aufzubrechen, um wenige Stunden darauf Brand-, Spreng- und Giftgasbomben über die Hauptstädte und Industriestädte des „Feindes“ zu streuen.

Ich hatte bestimmt damit gerechnet, daß neue Deutschland würde für den 20. April zu Hitlers Geburtstag oder für den 1. Mai zum Gedenktage der Reichskammerung der Gewerkschaften die Geburtsanzeige seiner Patentkriegsluftflotte veröffentlichen haben, „made in Germany“ aus dem Reich. Einmal neue Anzeichen machen mich trüblich. Es scheint doch, daß selbst die Reichsmäuler Hitler, Göring, Goebbels im Aufblauen in dieser Angelegenheit hocken bleiben. Aufsehenerregend hat der Vortag im Unterhaus am 8. Februar doch, wenn auch nicht offiziell, wie ein solches Warnungsdokument ersonnen, daß Herr Göring merkt, diesmal kommt man ihm vorher auf die Schliche.

Ich erlaube persönlich auch eine kleine Blamose bei der Sache. Als Vorkühler der tausend Augen war ich als Führer der Köhnen so bekehrt. In der kam bekanntlich Kuppler als Polke. Ob nun Kuppler-Göring sich hinter einer meiner Wälder versteckt hat, um der No-Germania einen Befehl zu machen, dessen Folgen sich nun nicht mehr verborgen lassen, selbe unerdreht. Denn diese Klage ist nicht so einfach wie die Antike. Wenn ich nicht aufgehorcht habe, dann hätten vielleicht die Europäer nach dem Warnruf Churchills zu geeigneten Maßnahmen“ schreiten, so lauge es noch nicht zu ist. Heute würde es noch genügen, wenn man Herrn Göring amnosen würde. Welche zu bekommen, die er mit umherschick die Geburt seiner Patentkriegsluftflotte“ bet.

Tellen Sie auf das Ihren verehrten Vatern
Ihr eras
Iraus.

Pariser Berichte

Pariser Straßenkalender

Bei Abbrucharbeiten in der Nähe der Handelsbörse wurde der astrologische Turm der Katharina de Medici freigelegt.

In der Galerie Vignon (17, rue Vignon) findet eine Ausstellung von Bildern, Aquarellen und Zeichnungen des bekannten Kubisten Fernand Léger statt.

Das große Los, das nach Cherbourg an dreizehn Personen fiel, konnte noch nicht ausbezahlt werden, weil der Scheck irrtümlich auf den 13. August statt auf den 13. April ausgestellt war.

Jacques Feyders letzter Film „Le grand jeu“ wurde der französischen Presse vorgeführt.

Der Musikkritiker Bret bemerkt zum ersten Konzert Furtwänglers mit den Berliner Philharmonikern in der Pariser Großen Oper: „Debussy und Mozart wären vielleicht erstaunt, betäubt von dem, was ihre Werke unter diesem Dirigenten werden. Sie würden vielleicht zunächst sagen: „Das habe ich nicht gewollt.“ Aber sie würden, gleich dem Publikum, hinzufügen: „Es ist trotzdem bewundernswert.“

Deutscher Klub

Im nicht gleichgeschalteten Pariser Deutschen Klub (Université du Parthénon, 64, Rue du Rocher, Paris 8 — am Bahnhof St. Lazare) spricht am Samstag, dem 21. April, um 21 Uhr, Dr. L. Litwin über „Die moderne Frau“ — kurzer Vortrag mit Diskussion. — Anschließend: Geselliges Beisammensein mit Tanz. Gäste gern willkommen. Eintritt: 5 Franken (für Stellungslose 3 Franken). (Die Aufführung der drei Einakter findet erst am 28. April statt.)

Der deutsche Oratorienchor zu Paris

Der neue Oratorienchor und das Symphonieorchester der Flüchtlinge haben ihre Gründungsversammlung abgehalten und einen Arbeitsausschuß gewählt. Am Donnerstag fand bereits die erste Orchesterprobe statt. Die erste Chorphprobe soll am Montag, 23. d. M., im Restaurant Dardik, 41, rue Richer (Métro: Cadet, Montmartre) abgehalten werden. Zu dieser werden auch die bei der letzten Zusammenkunft nicht anwesenden Mitglieder erwartet.

Der Brotpreis in Frankreich

Der Ministerpräsident Doumergue und der Landwirtschaftsminister Queuille haben eine Abordnung der französischen Bäckermeister empfangen, denen der Ministerpräsident den Wunsch vortrug, in dieser Zeit der im allgemeinen Interesse verlangten Opfer nicht eine Erhöhung des Brotpreises, vor der neuen Ernte, zu fordern. Der Generalsekretär des Bäckereiverbandes erwiderte, daß der Verband seinen Mitgliedern über die Ausschlüsse in den Bezirken empfehlen werde, in diesem Sinne zu handeln, vorbehaltlich der Prüfung einer Sonderregelung in einigen Orten.

Soeben erschienen: JULIUS DEUTSCH DER BÜRGERKRIEG IN ÖSTERREICH

Eine Darstellung von Mitleid und Augenzeugen

Umschlagzeichnung von Th. Th. Heine, mit 24 Seiten Illustrationen und 100 Seiten Text

Der Autor ist der Gründer und Leiter des Schutzbundes, der Kampftruppe der österreichischen Arbeiterschaft, und war der erste Kriegsminister der Republik Oesterreich

Preis in: Belgien 21,— Fr. / Dänemark 4,20 Kr. / Frankreich 15,— Fr. / Großbritannien —,38 £ / Italien 11,— Lire / Niederlande 1,50 Gulden / Oesterreich 5,— Schilling / Polen 5,— Zloty / Schweden 3,80 Kronen / Schweiz 3,— Fr. / Tschechoslowakei 20,— tschechische Kronen / USA. 1,— \$

BESTELLUNGEN DURCH JEDE BUCHHANDLUNG
oder direkt an Verlagsanstalt „Graphia“ Karlsbad

Die Kosten der Pariser Lebenshaltung

In der Polizeipräfektur fand unter dem Vorsitz des neuen Pariser Polizeipräsidenten Langeron eine Sitzung des Preisüberwachungsausschusses unter Teilnahme der Dezernate Hygiene, Tierschlachtung, Botrug und Markthallen, mit den Detaillisten, dem Viehhändler, den Großschlichtern, den Metzger usw. statt, bei der über die Lebenshaltung in der Hauptstadt Frankreichs gesprochen wurde.

Von M. Maus, dem Vorsitzenden des Bundes der Detailkaufleute von Paris, wurde mitgeteilt, daß die amtlichen Indizes für die Kleidung von 100 im Jahre 1930 auf 61,6 zurückgegangen sind, die der Haushaltsgesgegenstände von 100 auf 71,1. Die Polizeidezernate stellten eine erhebliche Abnahme auch bei den Lebensmitteln fest. Der Brotpreis, der in Frankreich bekanntlich eine besondere Rolle spielt, ist gleich dem von 1930, aber höher als der von 1932 und 1933 infolge der Getreidepolitik. Die Gemüse sind leicht gefallen, die Kartoffeln stärker infolge der Anstrengungen der Bauern. Ferner sind Milch, Butter, Käse und Eier erheblich billiger geworden. Die Eier stiegen 20 Prozent unter 1930. Die Trockengemüse fielen um 30 Prozent. Die starke Verbilligung von Reis geht auf die französische Einfuhr von Indochina zurück, die das Ausland ebenfalls zur Preisreduktion zwang.

In Oré beträgt die Verbilligung 30 Prozent. Auch der Kaffee ist, trotz der verschiedenen Steuern, die ihn betreffen haben, gefallen. Wie erklärt wird, erhalten die Einfuhr der Pariser Kaffee um 23 Prozent der Preise (die Plantagen also noch weniger), 57 Prozent verschlingt der Transport

Tel. Trinité 43-13
Métro Pigalle

Deutsche Poliklinik

Paris, 02, Rue de la Rochefoucauld

a) Allgemeine Konsultationen mit 7 Spezialisten
b) Chirurgie
c) Geburtshilfliche Klinik
d) Zahnärztliches Kabinett

innere Medizin, Augen, Ohren-, Nasen- und Kehlkopfkrankheiten, Röntgen, Diathermie, Elektrotherapie, Spezialbehandlung bei Blau-, Horn- u. Geschlechtskrankheiten
Zweitgeschosse: Zahn- und Mundchirurgie, Gold- und Porzellanarbeiten, -brücken, -Kantonsarbeiten
Vierstöckiges Gebäude, Zimmer mit 1 bis 4 Betten, 1 Arrest, 3 Heb- und 1 Operationsstühle
Die allermodernste Einrichtung umfasst 7 Operationssäle

Ordination täglich von 9-12 und 2-5; Sonntags und Feiertags von 10-12 und 2-4 Uhr

und die Steuer, angeblich bleiben den Kaufleuten nur zwanzig Prozent.

Was den Zucker angeht, so ist dieser sehr stark mit Zoll (1,70 Franken pro Kilogramm) und Steuer (0,85 Franken auf den inneren Verbrauch) und Umsatzsteuer (20 Cts.) belastet. Eine Ermäßigung sei ausgeschlossen, obwohl Zucker mit 6,5 über dem allgemeinen Index von 5 stehe.

Die Verbilligung des Weins gehe auf die Regierung zurück. Auch alle Fleischsorten seien wohlfeiler, mit Ausnahme von Hammelfleisch, dessen Preis gestiegen ist.

Am Ende der Besprechung stellte der Generaldirektor der städtischen Polizei M. Guichard fest, daß die Hauptaufgabe der Ueberwachungskommission die Beobachtung der Spanne zwischen Groß- und Kleinpreis und der Kampf gegen Auswüchse und Spekulation sei. Zwei Unterausschüsse sollen sich mit diesen Fragen befassen.

Freisprechung eines Dienstmädchens

In der neuen Schwurgerichtsperiode der Seine hatte sich als erster Fall ein achtzehnjähriges Dienstmädchen zu verantworten, eine arme unbefohlene Normannin. Das Mädchen hatte in Pantin bei einem Rentnerhepar gedient und dort eines Morgens ein Kind geboren, ganz heimlich. Niemand hatte es bemerkt. Sie ging sogar nach der Entbindung noch, ein kräftiges Landmädchen wie sie war, ihrer Arbeit nach, aber in ihrer Abwesenheit fand die Rentierfrau, die von nichts eine Ahnung hatte, die Zeichen eines Wochenbettes in der Kammer der Magd — und den toten kleinen Säugling in der Kommode. Lucienne, von allen verlassen, hatte ihn in der Verzweiflung erwürgt. Der alte Fall.

Die Geschworenen der Seine, Männer aus dem Volke, waren gnädig und sprachen das arme Ding frei. Der Vater des Kindes, ein Elektrotechniker, der, als an der Tötung unbeteiligt — im Rechtssinne — natürlich nicht angeklagt werden konnte, erschien den Geschworenen schuldiger als das Opfer, dies Bauernmädchen, die in der Verzweiflung handelte. Ein ganz und gar französisches Volksurteil, mit diesem hohen Sinn für Recht und Gnade, der ein Zeichen des Landes ist.

Neutrale Hilfspolizei für die Saar?

Eine Meldung aus Rom

Die der römische Korrespondent des Pariser „Tempo“ meldet, hat sich der in Rom tagende Saarausschuß des Völkerbundesrates eingehend mit der Frage der Abstimmungs-Sicherung beschäftigt.

Zu diesem Zweck schlägt der Ausschuß die Ernennung einer Abstimmungskommission vor, deren erste Aufgabe es ist festzustellen, welche Saarländer abstimmungs-berechtigt sind.

Zur Sicherung einer einwandfreien Abstimmung muß die Bevölkerung vor allem äußeren Druck geschützt werden. Es handelt sich darum, bereits jetzt allen Terror auszuschalten, um den Saarländern eine wirklich freie Wahl zu ermöglichen.

Dann beschäftigt sich der Bericht mit den Mitteln zur Aufrechterhaltung der Ordnung während der Abstimmungsperiode. Zur Zeit verfügt das Saargebiet nur über eine örtliche Gendarmerie, die der Aufgabe, alle Unruhen während der großen Wahlhandlung zu unterdrücken, nicht gewachsen ist. Deshalb schlägt der Bericht wahrscheinlich die Verstärkung der Gendarmerie durch eine neutrale Hilfspolizei ins Auge.

Die „Frankfurter Zeitung“ berichtet weiter aus Rom:

„Bei den einzelnen Problemen, mit denen sich, wie berichtet, der in Rom tagende Dreierausschuß für die Saarabstimmung beschäftigt, steht u. a. auch die Frage zur Diskussion, ob und inwieweit Frauen bei der Abstimmung das Wahlrecht zustehen soll. Bezüglich der Frage der Sicherheit der Wahl wird erwogen, ob außer der aus Saarländern bestehenden Saarpolizei für die Zeit der Wahl eine besondere Polizei ins Leben gerufen werden soll. Zu welcher Empfehlung der Ausschuß in dieser Frage, wie auch in dem entscheidenden Problem der Ausschaltung eines fremden Druckes auf die Wahlberechtigten gelangen wird, wird man wahrscheinlich erst von Wien aus erfahren, da der Dreierausschuß lediglich die Aufgabe hat, beauftragt dem Mandatar, dem Völkerbund, zu berichten und Italien als solches nicht an der Frage interessiert ist.“

„Generalappell“

Zehn Tage lang soll getrommelt werden...

Die letzte gesamtdeutsche Saarfundgebung vor der Abstimmung soll in Koblenz-Ehrenbreitstein vom 20. August bis 1. September stattfinden. Volleramtlich wird dazu gemeldet: „Diese vierzehntägige Kundgebung des über ganz Deutschland verbreiteten Bundes der Saarvereine, der seit Beginn des Völkerbundesregimes eine große und nützliche Aufklärungsarbeit für das Saargebiet geleistet hat, gilt allgemein als Generalappell vor der Saarabstimmung. Hunderttausende werden in dieser Augustwoche in Koblenz ein Treuebekenntnis ablegen. Ein großer Brückenschlag auf dem Rhein, bei dem 18 Großdampfer die Ufer miteinander verbunden, wird die Menschen hin- und herüberbringen lassen. Abgeschlossen wird dieser Tag durch ein großes Feuerwerk von der Festung aus und mit einer Rheinabwärtsbefehlshaltung. Mit dem Kanalar werden anwandelnd sein die Mitglieder der Reichsregierung und das diplomatische Korps.“

Chamberlain gab im britischen Unterhaus die Haushaltszahlen für 1933 bekannt. Der Staatshaushalt schließt mit einem Ueberschuß von 31 Millionen Pfund ab, so daß der Schatzkanzler erhebliche Steuerermäßigungen in Aussicht stellen konnte. Seine Mittelungen haben bei der Londoner Bevölkerung einen wahren Freudentaumel ausgelöst.

Aus einem Veprafrauentum bei Allahabad in Indien sind 550 Veprafrauentum entwichen.

Das Neueste

Das bischöfliche Ordinariat Berlin veröffentlicht, laut „Germania“, in seinem Amtsblatt eine Erklärung gegen die jüdische Bestimmungsmensur.

Die neue Verfassung Oesterreichs wurde am Mittwochabend fertiggestellt. Die Wahl des Bundespräsidenten wird durch die Bürgermeister Oesterreichs erfolgen, und zwar auf Grund eines vom Bundesrat aufgestellten Vorschlages.

In Kopenhagen kam es am Mittwochabend im Anschluß an eine Kundgebung der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen zwei Polizeibeamte durch Steinwürfe schwer verletzt wurden. In einigen Stellen der Stadt wurden von den Demonstranten „Barrikaden“ errichtet.

Das Pariser „Journal officiel“ veröffentlicht eine Verordnung, die für 33 Millionen Franken Kredit für die Prägung eines neuen 5-Franken-Stückes in Nickel (12 Gramm) bereit stellt. Die bisherigen vor nicht allzu langer Zeit in Umlauf gebrachten Stücke von 5 Franken im Gewichte von 6 Gramm (400 Millionen) werden wieder aus dem Verkehr gezogen und dafür für 400 Millionen neue 5-Franken-Stücke geprägt. Die Prägungskosten belaufen sich auf 33 Millionen.

Der ständige Verwaltungsrat der französischen Sozialdemokratischen Partei hat beschlossen, gegen die Maßregelung von Beamten, die der Teilstreikpartei gefolgt waren, zu protestieren. Außerdem erhebt der Verwaltungsrat gegen die Ausweisung Trotzis Protest.

Eine von den Sozialisten und Kommunisten für Freitag nachmittag vor dem Pariser Rathaus geplante Straßendemonstration, die gegen den Faschismus protestieren und die Auflösung des Stadtrats fordern soll, ist vom Polizeipräsidenten im Einvernehmen mit dem Innenminister ausdrücklich verboten worden.

BRIEFKASTEN

Walter Reichardt Saarbrücken. Nach der „Kölnischen Zeitung“ haben Sie in einer Saarfundgebung in Köln u. a. gesagt: „Die bevorstehende Abstimmung wird nahezu 100 v. H. für das Deutsche Reich bringen, daran werde auch das Verräterpack im Saargebiet nichts ändern. Diese Verräter würden bald heimtätig sein, und das Volk werde voller Bestürzung vor ihnen aufspalten.“ — Sie scheinen ja eine solche Sorte Christentum zu predigen: weder kritisch noch deutsch, sondern nur feige! An Christi Welt gemessen, sind Sie für uns ein antistatler Müll und ein neuer Beweis für die vielen guten Geister nur zu bekannnten Tatsache, daß einer theologische Examine bestehen kann, ohne daß sein verhöhtes Herz jemals Gottes Odem spürt...

H. B. Bern. Wie kommen Sie zu der Auffassung, die Urfaßreisen deutscher Arbeiter, die seit einigen Monaten ein großes Schauspiel der „Arbeitsfront“ sind, seien für die Arbeiter lohnlos? Sie irren sich. Die Arbeiter mühen 2,50 Mark den Tag Pension bezahlen und außerdem bis zu 10 Mark für die Reise. Das sind Beträge, die nur für eine dünne Oberschicht der Arbeiter erschwinglich sind. Von hat neuerdings angekündigt, daß auch aus den Reihen der Arbeitsfront beigetreten werden soll. Das würde bedeuten, daß besonders angesehene Vg. auf Kosten weniger wohl gestellter Mitglieder der Arbeitsfront sich erfüllen dürfen. Oder glauben Sie, daß man einem Sozialdemokraten, Kommunisten oder treu katholischen Arbeiter besonders Vergünstigungen gemährt?

„Aktion“. Wir nehmen davon Kenntnis, daß Streicher's Stürmer behauptet, sein Land sei jetzt von Juden beherrscht wie England. Seit langen Jahren seien es Juden, die die höchsten Stellen im Staat besetzten. — Offenbar ist diese jüdische Oberherrlichkeit dem „perfidien Aktion“ ganz gut bekommen. Oder können Sie sich vorstellen, daß Gauleiter Streicher das britische Imperium regieren könnte?

Virmasens. Sie überfenden uns die „Virmasenser Zeitung“, die meldet, daß zwei Virmasenser Arbeiter auf Anordnung des Sonderkommissars, Standartenführer Dr. Caspary festgenommen und in Schutzhaft gebracht wurden, weil sie den Grund der Deutschen dadurch verächtlich gemacht hätten, daß sie ihn mit geballter Faust erwiderten bzw. die staatsfeindliche Demonstration billigten und unterstützten. — Die geballten Fäuste werden allmählich so zahlreich werden, daß die Gefängnisse für die Schutzhaftlinge nicht mehr ausreichen.

„Aus Bayern“. Durch Sie erfahren wir, daß in nationalsozialistischen Zeitungen steht: Die Reichskartothek der NSDAP enthält auf diese Weise etwa 25 000 Meier, Meier, Meier, Meier, Meier, Meier usw., etwa ebensowenig Schneider, Schuster und sogar rund 5 000 Müller! — Die Schuster, Schneider und Müller lassen wir hingehen, aber Meier mit allen möglichen Weichen und Sorten ist und es doch reichlich viel. Sollten sich da nicht doch einige Hundert nicht ganz tonnenreine in diese größte Meierei der Welt einschließen haben?

Troppan. Sie wollen wissen, was das neue Wort „Abmeyerung“ bedeutet, das Sie in reichsdeutschen Blättern lesen. Die „Abmeyerung“ wird allen Bauern, auch den Erblosbesitzern, angeordnet, die nicht ordnungsmäßig wirtschaften und ihren Schuldverpflichtungen nicht nachkommen, so daß sie der Volkswirtschaft nicht viel nützt. Außer erfolgt eine Verwarnung, unter Umständen mit öffentlicher Namensnennung, und wenn auch das nicht hilft, dann tritt die „Abmeyerung“ in Kraft. Also: die Sache ist sehr einfach. Sie wird erst dann etwas komplizierter, wenn der abgemeyerte Bauer zufällig Meier heißt.

Gerta S. Nicht so ungeduldig sein. Ein Jahr ist nicht lang. Mit ein wenig längeren Zeiträumen muß man schon rechnen. Das Geschwäg der Nazistößen von hundert und mehr Jahren für ihr Regime ist für jeden geschichtlich denkenden Menschen lächerlich. Nehmen Sie sich die Verfassung des deutschen Reiches vom 16. April 1871 zur Hand. Da haben Seine Majestät der König von Preußen im Namen des Norddeutschen Bundes zusammen mit den süddeutschen Bundesfürsten „einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes“ geschlossen. Einen ewigen Bund. Im Jahre 1871 Das sind knapp 63 Jahre her. Wie weit liegt das Kaiserreich mit seinen „ewigen“ Bundesfürsten schon hinter uns und seine Verfassung ist längst vergessen! Die Zeiten, die vor uns liegen, werden aber ungleich revolutionärer sein als alles seit dem Jahre 1871, und ihr Tempo wird immer rascher.

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Pich in Durbach; für Inserate: Otto Kuban in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volkstimme GmbH, Saarbrücken & Schillingstraße 5. — Schillingstraße 776 Saarbrücken.